

Fürstenwalder FW Die Fürstenwalder Zeitung

Älteste Anzeigenzeitung in Fürstenwalde

Verfassungsschutz: Islamisches Zentrum Fürstenwalde „gesichert extremistisch“



Das Islamische Zentrum Fürstenwalde mit seiner „al-Salam-Moschee“ ist ins Visier des Verfassungsschutzes geraten. Foto: Michael Hauke

Der Verfassungsschutz des Landes Brandenburg hat den Verein „Islamisches Zentrum Fürstenwalde al-Salam e.V.“ und die von ihm betriebene „al-Salam“-Moschee (auf deutsch: Friedensmoschee) als gesichert extremistische Bestrebung eingestuft. Das haben Innenminister Michael Stübgen und der Leiter des Verfassungsschutzes, Jörg Müller, am 12. Juli 2023 in Potsdam mitgeteilt.

Auf der Internetseite des Landesinnenministeriums wird Minister Stübgen wie folgt zitiert: „Das Islamische Zentrum Fürstenwalde ist der islamistisch-terroristischen Gruppierung Hamas sowie der Muslimbruderschaft zuzuordnen. Der Verein agiert gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung, verbreitet antisemitische Narrative und negiert das Existenzrecht Israels. Das dürfen wir nicht hinnehmen.“

Verfassungsschutz-Chef Jörg Müller äußert sich wie folgt: „Nach Erkenntnissen des Verfassungsschutzes besteht die Gefahr, dass Muslime aller Altersgruppen in Fürstenwalde und Umgebung durch die Vereinsarbeit extremistischen Haltungen und islamistischer Ideologie unmittelbar ausgesetzt sind. Dem müssen wir entschieden entgegenreten – auch um zu verhindern, dass der Verein eine herausragende Struktur im Bereich Islamismus im Land Brandenburg etabliert.“

In einer Pressemitteilung schreibt das

Innenministerium: „Nach Einschätzungen des Verfassungsschutzes Brandenburg äußert sich die extremistische Agenda des Vereins in Veranstaltungen, aber auch in ihren öffentlichkeitswirksamen Tätigkeiten. Social Media-Postings stellen deutliche Bezüge zu islamisch-extremistischen Organisationen her. So verbreitete der Verein auf seinen Social Media-Kanälen Inhalte des „Europäischen Rates für Fatwa und Forschung“ (ECFR) und dessen deutschem Ableger, dem „Fatwa-Ausschuss Deutschland“ (FAD), die beide der islamistischen Muslimbruderschaft nahestehen. Ferner rief das IZF zur Unterstützung der Spendenorganisation „Barmherzige Hände e.V.“ auf. Ebenso werden antisemitische Inhalte verbreitet, die das Existenzrecht Israels infrage stellen.“

Der Hauke-Verlag hat das Islamische Zentrum in Fürstenwalde-Nord unmittelbar nach Bekanntwerden der Vorwürfe besucht und um eine Stellungnahme gebeten. Bis Redaktionsschluss erhielten wir jedoch nichts.

Seit 2018 ist der Verein in Fürstenwalde aktiv. Das „Islamische Zentrum“ mit Moschee liegt unterhalb der „Kleinbahn“-Brücke (Johann-Sebastian-Bach-Straße/Ecke E.-Jopp-Straße). Das ist das Gewerbegelande, auf dem früher der Fruchthof, das Citroën-Autohaus Dietrich und Wohnwelt-Möbel ihre Geschäfte hatten. Der islamische Verein hat sich auf dem westlichsten Teil des Grundstücks eingemietet.

EP: Electro Christoph
Hausgerätekundendienst - Meisterbetrieb -

Unser Service macht den Unterschied

- Hausgeräteservice
- alle Fabrikate
- Einbaugeräteservice

Hausgeräte-Kundendienst Service: (03361) 6 92 25

Vetter Hauskrankenpflege

• Pflege • Beratung • Betreuung • medizinische Versorgung

Du suchst neue Herausforderungen? - Wir suchen dich!

Pflegefachkraft / Pflegekraft
gern auch Quereinsteiger (M/W/D)

Wir bieten dir!

- flexible Arbeitszeitmodelle für den optimalen Einsatz deiner Stärken
- ein tolles Team
- Weiter- & Fortbildungsangebote
- tarifliche Bezahlung

Bewirb dich jetzt!
hauskrankenpflege-vetter.de
oder ruf uns an!
03362 / 21 89 8



Tel.: 0151 5218 2102 o. 0171 4107 844
WWW.METALLBAUCHROSTOWSKI.PL

CAMPO.STUDIO
INNEN UND AUBEN TREPPE

TREPPE 017-141-078-44

METALLBAU CHROSTOWSKI

PULVERLACKEREI ZÄUNE

CARPORTS STAHLKONSTRUKTIONEN

Aufmaß und Beratung Kostenlos!

PFLEGEKRÄFTE GESUCHT!

+ überdurchschnittliche Vergütung

+ Einstellungsbonus

Bewerben Sie sich jetzt.

... immer in guten Händen!

Falk



Pflege zu Hause

**Häusliche Pflege
Anni Falk GmbH**



Tel. 03361 747880 | August-Bebel-Str. 23 | 15517 Fürstenwalde
buero@pflegedienst-fuerstenwalde.de
www.pflegedienst-fuerstenwalde.de

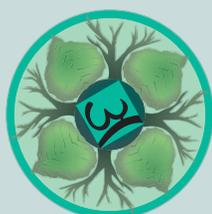
Sommerkonzerte in Göbels Biergarten



Den Kultursommer im wunderbar gelegenen Göbels-Biergarten eröffnete mit dem ersten Konzert der Saison die einheimische Band „The Lucky Strings“. Hunderte Musik- und Tanzhungrige waren nur deshalb am 13. Juli ans Märkische Meer gekommen. "Wir danken euch für den Donnerstagsabend, den grandiosen Start unserer Live-Musik-Abende. Die Stimmung

war mega. Es wurde getanzt, gesungen und viel gelacht. Wir freuen uns auf die nächsten Donnerstag. Denkt bitte daran, eure Plätze zu reservieren" schrieb das Biergarten-Team anschließend. Der nächste musikalische Höhepunkt findet am 20. Juli, mit der einheimischen Live-Band „Station4“, am 27. Juli mit B.A.C.C. und am 03. August mit Lile statt. **Foto: Zeitlupe**

FW 16/23 erscheint am 03.08.23. Anzeigen- und Redaktionsschluss ist am 27.07.23, 12 Uhr.



Pflege mit Tradition

Beatus GmbH

Unsere Leistungen

- Grundpflege
- Hauswirtschaftliche Versorgung
- Betreuung von Demenzkranken
- Verhinderungspflege
- Beratungsbesuche
- Betreuungs- und Entlastungsleistungen
- Behandlungspflege/ ärztliche Verordnung



WIR
VERSORGEN
SIE DORT,
WO IHRE WURZELN
SIND – IN IHREM
ZUHAUSE!

Telefon: 033631 447616

Dorfstraße 33 · 15526 Bad Saarow

Mobil: 0173 6872054

E-Mail: kontakt@pflege-mit-tradition.de

www.pflege-mit-tradition.de



Tagespflege für Senioren



Gemeinsam schöne Stunden erleben

Spielen, musizieren, plaudern - der Kontakt zu anderen Menschen hält fit und macht Freude.

Erfahren Sie mehr über unsere **Tagespflege für Senioren** bei einem Beratungsgespräch vor Ort.

Terminvereinbarungen unter 03361 345999



BENDEL

Häusliche Kranken-
und Seniorenpflege

persönlich • freundlich • professionell

Tagespflegeeinrichtung: Fürstenwalde • Karl-Marx-Straße 16
Büro: Karl-Liebknecht-Straße 21 • Telefon 03361 345999



von Jan Knaupp

Nun haben die USA die Ukraine mit Streumunition versorgt. Präsident Biden liefert frei Haus, Präsident Selenskyj freut es, die Bundesregierung duckt sich weg.

Auch das Wissen, dass überall dort, wo diese Art von Munition in vorangegangenen Kriegen eingesetzt wurde, für eine verheerende Zahl an zivilen Todesopfern verantwortlich ist, hat die US-Regierung keinesfalls abgeschreckt. Streumunition – Raketen und Bomben, die in der Luft zerbersten und viele kleine Sprengkörper verstreuen, von denen ein erheblicher Teil nicht sofort detoniert, sondern als Blindgänger vor Ort verbleibt und noch Jahre später blutige Grüße an die Zivilbevölkerung sendet – wie pervers, grausam und skrupellos. Und obwohl der Einsatz dieser Munition von 111 Staaten geächtet wird, die Vereinten Nationen, Menschenrechtsorganisationen wie Amnesty International und das Rote Kreuz die Lieferungen scharf kritisieren, treffen alle Mahnungen und Proteste auf taube Ohren.

2010 wurde diese Art von Munition im Oslo-Übereinkommen geächtet. Das Übereinkommen verbietet die Herstellung, die Lagerung, den Einsatz und die Weitergabe.

Diese Ächtung und die damit zusammenhängenden Verbote wurden aber in diesem Übereinkommen gleich wie-

der ad absurdum geführt, indem ein Artikel des Vertrages den Unterzeichnern erlaubt, Streumunitionseinsätze zu unterstützen, wenn sie bei militärischen Handlungen mit Nicht-Vertragsstaaten vorkommen. 111 Staaten sind dem Abkommen beigetreten – die USA, die Ukraine und Russland gehören nicht dazu. Also läuft doch alles in scheinbar geordneten Bahnen. So denken wohl auch Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier und Kanzler Olaf Scholz.

Der sonst so moralisierende Bundespräsident Steinmeier äußerte sich am 09.07.2023 im ZDF-Sommerinterview zu der Problematik dahingehend, dass man den USA bei der Lieferung von Streuwaffen an die Ukraine „nicht in den Arm fallen“ dürfe. Es wäre zwar richtig, dass diese Art der Munition von der Bundesregierung geächtet werde, aber Deutschland sollte die Lieferung an die Ukraine nicht blockieren.

Nachdem Kanzler Scholz (SPD) in der Sommerpressekonferenz am 14.07.23 erklärte, dass Deutschland bis zum Jahr 2027 insgesamt bis zu 17 Milliarden Euro für eine dauerhafte Unterstützung mit Waffenlieferungen an die Ukraine aufwenden werde, sagte Scholz dann zum Thema Streumunition: „Wir haben keine Streumunition, werden sie auch nicht beschaffen und sie auch nicht einsetzen“.

So einfach ist das. Wir haben keine Streumunition, wir werden sie auch nicht beschaffen – also trifft uns keine Schuld! Mit Blick auf die Lieferung der Munition durch Joe Biden an die Ukraine möchte der Kanzler die angeblich souveräne Entscheidung der USA nicht kommentieren.

Dabei hat sich Deutschland durch das Oslo-Abkommen nicht nur zum Verbot von Streumunition verpflichtet, sondern auch eine moralische Verpflichtung übernommen, andere Staaten vom Gebrauch abzuhalten.

Aber vielleicht denkt man in der Bundesregierung ja wirklich, dass derjenige, der *nur* liefert, keineswegs für deren militärischen Einsatz verantwortlich ist.

Man darf also gespannt sein, welche roten Linien in Bezug auf die Waffenlieferungen in den nächsten Wochen noch überschritten werden, welche Grausamkeiten plötzlich als akzeptabel deklariert werden.

Was kommt als nächstes auf den Lieferschein? Napalmbomben oder Atombomben? Damit kennt sich der momentane Lieferant ja auch gut aus. Und sicherlich sind noch ein paar Altbestände übrig – Vietnam, Hiroshima, Nagasaki.

Traurig aber wahr – die Kriegsspirale dreht sich immer schneller. Zum Auftakt des Nato-Gipfels in Vilnius (11./12.07.23) warb der deutsche Bundeskanzler Olaf Scholz bei seinen Verbündeten nicht etwa um intensive Friedensbemühungen, stattdessen versprach er der Ukraine, sie schnellstmöglichst weiter mit Waffen, Munition und militärischer Ausrüstung im Wert von knapp 700 Millionen Euro zu unterstützen.

Schützenpanzer, Kampfpanzer und Flugabwehrraketen aus Deutschland, Kampfdrohnen aus England, Marschflugkörper aus Frankreich, Haubitzen und Raketenwerfer aus Polen, Kampfjets und Streumunition aus Amerika – kein Frieden in Sicht!



„So gesehen“ im Softcover mit 224 Seiten für 7,95 € erhältlich bei:

- Hauke-Verlag, Alte Langewahler Chaussee 44, Fürstenwalde
- Buchhandlung Zweigart, Berliner Str. 21, 15848 Beeskow

KNAUPPS KOLUMNEN

Jederzeit online lesen!

Homepage: www.hauke-verlag.de

Instagram: [jan.knaupp](https://www.instagram.com/jan.knaupp)



Impressum
FW erscheint im 33. Jahrgang

Gründer von FW:
Andreas Baucik †
und Michael Hauke

Verlag: Michael Hauke Verlag e.K., Alte Langewahler Ch. 44, 15517 Fürstenwalde, Tel.: (03361) 571 79

www.hauke-verlag.de

(hier finden Sie auch unsere DSGVO-Informationen)

Postanschrift: Michael Hauke Verlag e.K., Alte Langewahler Ch. 44, 15517 Fürstenwalde. V.i.S.d.P.: Michael Hauke.

E-Mail: info@hauke-verlag.de. Druck: BV Berliner Zeitungsdruck GmbH, FW erscheint alle 14 Tage am Mittwoch/Donnerstag im Altkreis Fürstenwalde. Es gelten die Mediadaten unter www.hauke-verlag.de. Anzeigen- und Redaktionsschluss ist jeweils am Donnerstag vor Erscheinen, 12.00 Uhr.

Anzeigenblätter in Brandenburg seit 1990

HAUKE
VERLAG

Die Zeitungen des Hauke Verlages:

FW, die Fürstenwalder Zeitung

Tel. 03361/57179

Jan Knaupp: Funk 0172 6006502

Norbert Töbs: Funk 0152 54247992

BSK, die Beeskower Zeitung

Tel. 03361/57 179

Jan Knaupp: Funk 0172/6006502

Kümmels Anzeiger

Tilo Schoerner: Tel. 03361/57 179

Grundgesetz, Artikel 5

Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt.

vrbfw.de

Gut beraten das Zuhause
noch schöner machen.

Morgen
kann kommen.

Wir machen den Weg frei.

Mit unserem
Modernisierungskredit.

Bringen Sie Ihr Eigenheim wieder richtig auf Vordermann. Günstig modernisieren und dabei den Wert Ihrer Immobilie steigern! Nutzen Sie dazu unsere Genossenschaftliche Beratung, die Finanzberatung, die erst zuhört und dann berät. Jetzt Termin vereinbaren.

Volks- und Raiffeisenbank
Fürstenwalde Seelow Wriezen eG



Asylunterkunft am OSZ Palmnicken: Die Sicht der Schüler



„Nicht schon wieder wir!“ Nach Jahren der Schulschließungen wird die große Politik wieder auf dem Rücken der Schüler ausgetragen. Am 10. Juli 2023 organisierten die Schüler des OSZ eine Demonstration am Marktplatz Fürstenwalde, um gegen die Nutzung ihrer Sporthalle als Asylunterkunft zu protestieren. Fotos: Zeitlupe

Liebe Leser*innen, uns als Schüler*innen vom OSZ Palmnicken in Fürstenwalde beschäftigt seit einigen Tagen ein politisches Thema, was unseren Schulhof angeht.

Der Landkreis Oder-Spree wählte aufgrund fehlender Unterbringungsmöglichkeiten unsere Turnhalle als Notunterkunft für Geflüchtete aus. Dies geschah jedoch ohne Rücksprache mit unserem Schulleiter oder anderen Kommunikationen

mit den Schüler*innen etc. Um unseren Standpunkt klar nach außen hin zu verbreiten, haben wir uns als Schüler*innen zusammengesetzt und diesen Artikel verfasst.

Zu allererst ist zu erwähnen, dass Sport ein Pflichtfach im Abitur ist und, dass es nicht mit anderen Fächern auszugleichen ist, weshalb wir auf die Turnhalle dringend angewiesen sind. Gerade da wir zu den Jahrgängen gehören, die während Corona ihren 10.-Klasse-Abschluss machen

mussten, erlitten wir einen schulischen Rückstand in vielen Fächern. Wir befürchten, dass uns dieses Schicksal durch die Schließung der Halle erneut droht. Ein alternativer Standort zur Ausübung des Sportunterrichtes lässt sich nur schwer finden, da man weder davon ausgehen kann, dass jede*r Schüler*in ein Auto hat, noch, dass die ausreichende Anbindung mit Bussen gegeben ist. Abseits davon wäre es sehr unwahrscheinlich, eine Halle in nächster Nähe zu finden, die alle Unterrichtsstunden gewährleisten kann. Das OSZ hat im Standort Fürstenwalde über 2.000 Schüler, die in der Woche insgesamt 120 Stunden Sportunterricht haben und diese Anzahl kann keine Halle in Fürstenwalde tragen. Erschwerend kommt noch hinzu, dass die Informationen zu kurzfristig waren, um ein funktionierendes Alternativ-Konzept zu finden. Auch der Landkreis gab uns bedauerlicher Weise keinen Vorschlag oder Ausgleichsobjekt zur Durchführung des Sportunterrichts. Auch, wenn wir keine Bauleiter sind, können wir aus unserer Schülersicht sagen, dass die Turnhalle absolut ungeeignet für die dauerhafte Unterbringung von Menschen ist. Unsere Sporthalle besitzt zwei große Fensterfronten, die das Gebäude im

Sommer stark aufheizen, sodass es sich gerade so 90min. aushalten lässt. Außerdem reichen die sanitären Einrichtungen bei weitem nicht für eine so große Gruppe an Menschen. Ebenso ist zu bemerken, dass die Busse gerade so für die Schüler ausreichen und abseits von den Unterrichtszeiten nicht verkehren.

Abschließend lässt sich sagen, dass wir uns als Schüler*innen gegen die Instrumentalisierung unseres Problems sträuben. Wir wollen nicht von Populisten für politische Debatten ausgenutzt werden und genauso wollen wir nicht als rassistisch dargestellt werden, nur weil wir für den Erhalt unserer Turnhalle eintreten. Wir sprechen einzig und allein zum Erhalt unserer Interessen und dafür, dass wir unseren Unterricht genauso fortführen können, wie vor dieser Entscheidung. Wir hoffen, dass dieser Artikel viele Menschen erreicht.

Eure Schüler*innen des OSZ Palmnicken

(Wir haben den Beitrag der Schüler in der originalen Gender-Schreibweise belassen, um den Beitrag so authentisch wie möglich rüberzubringen, auch wenn in den Zeitungen des Hauke-Verlages grundsätzlich nicht gendert wird. Die Redaktion)

Saarower Straße 19
15526 Reichenwalde
☎ 033631 / 82801
www.markisen-Schiemann.de

- Markisen • E.- Antriebe
- Vertikal-Stores
- Innen- und Außenjalousien
- Steuerungen • Sectionaltore

Aus eigener Produktion:

- Rolläden • Rolltore
- Insektenschutz • Terrassendächer
- Fenster und Türen

Telefon 033631 / 82801

Über **50** Jahre

HEIM & HAUS®

Bürokraft (w/m/d)

zur sofortigen Einstellung gesucht

Du hast Spaß an Büroarbeit?
Dann bewirb dich jetzt und werde Teil unseres Teams!

Auch Quereinsteiger herzlich willkommen!

www.heimhaus.de

HEIM&HAUS | Ernst-Laas-Str. 11 | 15517 Fürstenwalde
Telefon: 03361- 30 60 10 | Email: buero-fuerstenwalde@heimhaus.de

Kinder benötigen dringend Hilfe!

Hallo Herr Knaupp, wir sind ein kleiner Helferkreis, der seit nunmehr 27 Jahren soziale Unterstützung leistet. Im Jahre 1994 wurde der Helferkreis gegründet. In den Jahren 1994 - 1996 brachten wir Hilfsgüter in das damalige Kriegsgebiet nach Kroatien und

Bergewöhnlichen Zeiten sollten wir diejenigen, die von unserer Hilfsbereitschaft abhängig sind, nicht aus dem Herzen verlieren. Die Kinder im ungarischen Kinderheim erfahren die schwierigen Zeiten noch einmal viel mehr und können sich, im Gegensatz zu uns, aus eigener Kraft



Bosnien. Nachdem sich dort den Menschen die Möglichkeit des Neuaufbaus in Frieden bot, die größte Not gelindert war und sie ihr Schicksal selbst in die Hände nehmen konnten, stellte sich der Helferkreis neuen Aufgaben.

Über die Vermittlung des ungarischen Roten Kreuzes führte der Weg des Hilfskonvois 1997 erstmals in das Kinderheim nach Barcs. Seit diesem Jahr investieren wir zusammen mit zahlreiche Helfer und Sponsoren Zeit, Geld und Engagement bei der Vorbereitung und Durchführung der Hilfsleistungen.

Seit Jahren leisten wir dort unbürokratisch, lebenswichtige und dringend benötigte Hilfe. Jeder gespendete Cent kommt direkt im Kinderheim an. Im Heim leben bis zu 120 Kinder im Alter von 1 Monate bis Mitte 20. Es handelt sich um Kinder mit schwersten körperlichen sowie geistigen Behinderungen. Unsere Hilfe wird dort seit Jahren immer aufs Neue dringend benötigt, da die staatliche Unterstützung vor Ort noch nicht einmal das Mindestmaß an Versorgung deckt. Wir transportieren größtenteils Kinderkleidung und Hygieneartikel, oft aber auch Möbel und Lebensmittel ins Heim. Dafür mieten wir seit 8 Jahren immer einen LKW (40t), den wir aus Spendengeldern finanzieren. Bis vor 8 Jahren sind wir mit einem Konvoi bestehend aus 12-15 Kleintransportern in das Kinderheim gereist, um die Spenden dorthin zu transportieren. Seit Jahren werden wir durch die Bevölkerung im Bundesland Brandenburg tatkräftig mit Sach- und Geldspenden unterstützt.

Kinder im ungarischen Kinderheim benötigen dringend Ihre Hilfe

In diesem Jahr benötigt der Helferkreis Hilfskonvoi Kinderheim Barcs wieder dringend Unterstützung von den Menschen aus der Region.

Für uns alle sind es aktuell durch Krisen geprägte Zeiten. Auch in diesen au-

nicht dagegen stemmen. Auch aus diesem Grund ist die Hilfe in 2023 noch einmal um so elementar wichtiger.

Der diesjährige Hilfskonvoi wird im Oktober 2023 durchgeführt. Unser Lager in Lindenberg hat aktuell noch viele freie Lagerstellen. Unser Wunsch ist es, dass wir auch in diesem Jahr wieder einen prall gefüllten LKW ins ungarische Barcs schicken.

Die diesjährige Sammelaktion läuft bis zum 01.10.2023 auf Hochtouren. Der Fokus liegt auf folgenden Sachen:

- Medizinische Pflegeartikel, Windeln, Verbandsmaterial, Einwegspritzen (keine Medikamente)
- Hygieneartikel, Toilettenpapier, Küchenrollen, Seife, Duschgel, Waschmittel, Zahnpasta und -bürsten, Einweghandschuhe, Babycreme, Feuchttücher Bettwäsche, Laken, Decken, Handtücher
- Kinderkleidung aller Art (keine Seniorenbekleidung)
- Kinderbetten, Betten, Matratzen, Laufgitter, Auflagen, Kinderhochstühle
- Plastikgeschirr, Becher, Teller
- Spielwaren, Roller, Dreiräder, Fahrräder, Bälle, Sitzsäcke
- Kinderbücher (auch deutsch)
- ab 01.08. Lebensmittel in Konserven mit langem Haltbarkeitsdatum (in Großabpackungen – keine kleinen Büchsen), Süßigkeiten, Gebäck, Zucker, Mehl, Obstkonserven, Kakao, Sonnenblumenöl, Nudeln, Reis

Alle Spenden können wie gewohnt in den **Sammelstellen in Lindenberg (Tauche), Möbiskrüge (Neuzelle) und Beeskow** abgegeben werden. Bei größeren Mengen, können die Spenden auch abgeholt werden.

Wir bereiten den Hilfskonvoi 2023 vor. Folgende Sammelsamstage sind bisher geplant:

- **Sammelstelle in Lindenberg** (bei Beeskow), Hauptstraße 14, Halle 2 (ne-

ben der Feuerwehr), Tel.: 0172-4605498, geöffnet:

- 22.07.2023 09-11 Uhr
- 12.08.2023 09-11 Uhr
- 26.08.2023 09-11 Uhr

• **Sammelstelle Möbiskrüge**, Parkstraße 3, Pfarrhaus, Tel.: 033652-7866

• **Sammelstelle Beeskow**, Brandstraße 35, Ev. Gesamtkirchengemeinde, Di., Do., Fr.: 9-12 Uhr, Tel.: 03366-20485

Geldspenden zur Finanzierung des Transports und zur Finanzierung von weiteren Spendengütern für das Heim, sind ebenfalls ein wesentlicher Bestandteil der Hilfsaktion. Spenden können an die Evangelische Kirchengemeinde Buckow auf das Spendenkonto DE65

5206 0410 1403 9006 90 unter Angabe des Verwendungszwecks „Hilfskonvoi Kinderheim Barcs“ eingezahlt werden.

Auf Wunsch wird eine Spendenbescheinigung erstellt. Bitte geben Sie dazu Ihre Adresse im Verwendungszweck an.

Schon an dieser Stelle bedankt sich der Helferkreis Hilfskonvoi Kinderheim Barcs für Ihre tatkräftige Unterstützung. Lassen wir eine 26-jährige Spendenhistorie auch im 27. Jahr wieder ein Erfolg werden und bringen wir gemeinsam Kinderaugen zum leuchten.

Nico Schnabel,
Helferkreis „Hilfskonvoi Kinderheim Barcs“, www.HILFTs.de, folgen Sie uns auf Facebook

VOM 15.07.-27.08.2023 AN DEN WOCHENENDEN NUR VON 10-15 UHR GEÖFFNET!

Nutzen auch Sie die Vorteile,
egal ob 3, 12 oder 24 Monate Mitgliedschaft:

- täglich bis 25 Minuten sonnen
- 20 % Rabatt auf alle Solarkosmetik-Produkte
- inklusive Slimyonik
- bei jedem Besuch auf Wunsch ein Gratisgetränk

SONNE
SO VIEL DU
WILLST AB
9,50 €
PRO WOCHE



Ihr gut gelauntes
Sonnenstudio-Team aus
der Frankfurter Str. 16
in Fürstenwalde

VOM 15.07.-27.08.2023 AN DEN WOCHENENDEN NUR VON 10-15 UHR GEÖFFNET!

Camellia-Erlebnisgastronomie – direkt am See – Bistro & Café



Direkt am Werlsee, aus Fürstenwalde kommend direkt vor dem Ortseingang Fangschleuse rechts auf den Parkplatz – und aus Erkner kommend direkt hinter dem Ortsausgang Fangschleuse links auf den Parkplatz abbiegen.



Nach einem kurzen Fußweg von 20 Metern lädt Sie das Team von „Camellia am See“ zum gemütlichen Verweilen ein.

*Griechische Spezialitäten
Brat- und Currywurst
Schnitzel
Hähnchen
Burger
Salate
Chicken Nuggets
Spiegeleier
Pommes*

*kalte & warme Getränke
Eiscafé
Eisschokolade
Biere
Weine
Cocktails*

große Auswahl an Eis – in der Waffel oder als Eisbecher



Am Eichbrand 4 • 15537 Grünheide
täglich geöffnet von 11.00 - 23.00 Uhr

Zum 100-jährigen Jubiläum des Kurortes Bad Saarow



Daniel Hilpert mit seiner Gitarre und mit seinen Unterstützern: Sängerin Undine Lux, Orangerie-Team Gisa und Michael Schrader, Dolan José und Mario Geyermann vor der Orangerie in Bad Saarow.

Am 6. Juli stellte der Bad Saarower Daniel Hilpert sein neues Musikvideo „Nicht schon wieder“ exklusiv in der Dance & Music Bar Orangerie in Bad Saarow vor.

Einen Tag vor der offiziellen Veröffentlichung des Musikvideos auf relevanten Streaming-Portalen wurde es richtig heiß im Kurort am Scharmützelsee.



Fotos: Zeitlupe

Der Blick in den Innenraum der Dance & Music Bar Orangerie.

Der Musiker Daniel Hilpert präsentierte sein neuestes Musikvideo den Einheimischen am Märkischen Meer. Natürlich erlebten die zahlreichen Gäste nicht nur die Weltpremiere, Daniel Hilpert gab auch gleich ein Konzert, bei dem ordentlich mitgetanzt wurde. Der Sänger, Songwriter und Produzent aus Bad Saarow feiert in diesem Jahr sein 25-jähriges Bühnenjubiläum. Seit 2009 ist er als Solokünstler mit seinen Songs wie „Picknick“ unterwegs und arbeitet mit Produzenten wie Peter Ries und Bülent Aris zusammen.

Bis 2020 war er, neben Lucia Aurich, die bei der TV-Musikshow „The Voice of Germany“ teilnahm, Frontmann der Berliner Coverband BOS TAURUS, arbeitete als Layouter und Produzent für die Radiosendung. „Irgendwas mit Rap“ mit Visa Vie, produzierte Jingles für Werbung, komponierte Filmmusiken und machte das Sounddesign und Tonmischungen für große TV-Dokumentationen (Welt/ARD/MDR) im Mediastudio Berlin. Weitere Infos unter: www.danielhilpert.de und www.orangerie-bad-saarow.de



- Technischer Leiter

Übernahme der technischen, wirtschaftlichen und personellen Leitung unserer Technikabteilung

- Sachbearbeiter Versand

Erstellung von Lieferscheinen und Frachtpapieren, enge Zusammenarbeit mit den Schichtleitern, Erfassung von Daten sowie deren Auswertung

- Personalsachbearbeiter

Beratung und operative Betreuung von Mitarbeitern in allen personalwirtschaftlichen Themen

- Mitarbeiter Qualitätssicherung

Kontrolle und Überwachung der Produktqualität in der Produktion

- Mitarbeiter Produktionsplanung

Erstellung und Aktualisierung des täglichen Produktionsplanes, Vorbereitung aussagefähiger Analysen, Disposition von Handelswaren

- Mitarbeiter Technik

Mechatroniker, Elektroniker, Betriebsschlosser

- Sachbearbeiter Betriebsbüro Produktion (Teilzeit 30 Stunden/Woche)

Erfassung von Daten in unseren Systemen, Erstellung diverser Auswertungen

Alle Stellen sind für m/w/d ausgeschrieben.

Interessiert? Schicke deine Bewerbungsunterlagen an:



Plukon Storkow GmbH
Personalabteilung
Fürstenwalder Straße 55
15859 Storkow
Tel. 033678 404318/88
Personalabteilungstorkow@plukon.de

Campusfest der Spree-Oberschule



Foto: Zeitlupe

Spree-Oberschule-Papierflieger – Super Stimmung beim Campusfest

Anni, Pascal, Leon und Thieß an der einen der zwölf Stationen, die die Lehrer für die Schüler beim Campusfest vorbereitet hatten. „Es ist ganz gut, auf jeden Fall lustig und besser als Unterricht. Unser Team hat bis jetzt an den absolvierten Stationen immer die höchste Punktzahl erreicht“, sagte Anni aus der 8b. Am 11.07.2023 fand das erste Campusfest der Spree-Oberschule mit vielen tollen Aktivitäten wie Erbsentransport, Papierfliegerweitwurf etc. statt.

1. FC Union trainert beim FSV Union



Die zukünftigen Championsleague-Spieler aus der Hauptstadt trainierten am 8. Juli in der Fürstenwalder Bonava-Arena. Fotos: Zeitlupe



GRIECHISCHES RESTAURANT
AM KAISERHOF

AVLI

Genießen Sie mitten im Herzen
der Stadt griechische Gastfreundschaft
und traditionelle, kulinarische
Köstlichkeiten. Lassen Sie sich von
uns überraschen und verwöhnen

Yamas und herzlich willkommen!

Täglich von 12.00 bis 23.00 Uhr geöffnet.

Lieferservice
ab 30,00 Euro.
Selbstabholer
10% Rabatt.

Öffnungszeiten:
täglich von 12.00-23.00 Uhr,
warme Küche täglich bis 22.00 Uhr,
außer Sonntags, bis 21.30 Uhr

Am Kaiserhof 1A
15517 Fürstenwalde
Tel.: 03361 2557

Zum 32. Todestag meines Freundes
und Verlags-Mitbegründers

Andreas Baucik

22.04.1966 bis 22.07.1991

In ehrendem Gedenken, wirklich unvergessen.

Michael Hauke



DIONYSOS
RESTAURANT

Lieferservice ab 30,- €
Selbstabholer 10% Rabatt
auch an den Feiertagen

Griechisches Restaurant

Am Bahnhof Fangschleuse 3
15537 Grünheide (Mark)
Telefon: 03362 4079503

Bestellungen: täglich von 12-23 Uhr
www.dionysos-fangschleuse.de

WIR STELLEN EIN!

Mediengestalter/-in

Sie sollten sich im Anzeigensatz und allen damit verbundenen Programmen wie Corel Draw 11, Adobe CS3 (InDesign, Photoshop, etc.) und Microsoft Office-Produkten auskennen. Zudem sind Sie kreativ und setzen Kundenwünsche dekorativ um. Das Arbeiten im Team macht Ihnen Spaß. Sie sind zuverlässig und motiviert.

Sehr gute Deutschkenntnisse sind Voraussetzung für Ihre Aufgaben.

Arbeitszeit: 40 Stunden pro Woche. **Arbeitsort:** Fürstenwalde
Wir freuen uns auf Ihre Bewerbung! Ihre Bewerbungsunterlagen schicken Sie bitte per E-Mail an m.hauke@hauke-verlag.de.

Anzeigenblätter in Brandenburg seit 1990

HAUKE
VERLAG

Michael Hauke Verlag e.K.
Alte Langewahler Chaussee 44
15517 Fürstenwalde



bei Regen oder Sonne
flexible Terrassen-Überdachung

Die Polizeidirektion Ost informiert

Fürstenwalde – In Gewerbeobjekt eingedrungen

In der Nacht zum 16.07.2023 gelangten Einbrecher auf ein Gewerbegrundstück in der Langewahler Straße. Dort verschafften sie sich Zutritt zu einer Werkstatt und begaben sich von da aus dann in die Räume einer Fahrschule. In weiterer Folge machten sich die noch Unbekannten an mehreren Motorrädern zu schaffen und stießen drei der Maschinen einfach um. Insgesamt entstand durch ihr Treiben ein Sachschaden von mehr als 10.000 Euro. Jetzt ermittelt die Kriminalpolizei zu den Tätern und deren Motivation.

Fürstenwalde – Dank Eingreifens von Zeugen schnell gefasst

Am 13.07.2023, gegen 19:50 Uhr, wurde der Polizei eine Begebenheit gemeldet, die in der Johann-Sebastian-Bach-Straße ihren Ausgangspunkt hatte. Dort war nämlich kurz zuvor ein junger Mann mit einem VW Caddy in das Heck eines Renault Capturs geprallt. Da sich die Stoßstange des VW mit der Anhängerkupplung des Renaults verkeilte, konnten die Fahrzeuge nicht zügig voneinander gelöst werden. Als der Unfallfahrer dies mitbekam, rannte er einfach davon. Das blieb jedoch nicht unbemerkt. Zeugen nahmen

die Verfolgung auf und griffen sich den Flüchtenden in der Julian-Marchlewski-Straße. Zwischenzeitlich alarmierte Polizisten nahmen sich der Sache an und erkannten, dass die am VW angebrachten Kennzeichen eine Fälschung waren. Die eigentlichen Kennzeichentafeln fanden sich dann im Fahrzeug. Wie sich herausstellte, war der Caddy in Berlin gestohlen worden und gehörte eigentlich zu einer Hauskrankenpflege. Der 20 Jahre alte mutmaßliche Dieb bekam Handfesseln angelegt und ist vorläufig festgenommen. Zu den Ermittlungen zum Verdacht des Diebstahls kommt noch der Verdacht des Fahrens unter dem Einfluss berauschender Mittel hinzu. Zeigte ein Drogenvortest doch ein positives Ergebnis. Der Dank der Polizei geht an die beherzten

Zeugen, deren Einschreiten einen schnellen Fahndungserfolg möglich machte!

Fürstenwalde – In Werkstatt eingedrungen

Am Abend des 11.07.2023 wurden Polizisten in die Alte Petersdorfer Straße gerufen. Dort waren noch Unbekannte in eine Werkstatt eingedrungen, hatten ein Stromkabel gestohlen und Zerstörungen hinterlassen. Jetzt ermittelt die Kriminalpolizei in der Sache.

Fürstenwalde – Autodiebstahl

Im Tagesverlauf des 11.07.2023 verschwand von einem Parkplatz am Bahnhof in der Trebuser Straße ein Mazda im Wert von rund 15.000 Euro. Nach dem Wagen wird nun gefahndet.

§ Anwälte in Bürogemeinschaft

<p>Anwaltskanzlei Marco Reschke Fachanwalt für Familienrecht info@ra-marcoreschke.de www.ra-marcoreschke.de</p>	<p>Rechtsanwalt Rolf Hilke Fachanwalt für Strafrecht anwalt@rolf-hilke.de www.rolf-hilke.de</p>
<p>Familienrecht • Strafrecht • Verkehrsrecht Arbeitsrecht • Sozialrecht • Grundstücksrecht</p>	
<p>Eisenbahnstraße 31 15517 Fürstenwalde</p>	<p>Telefon: 03361/6936160 Telefax: 03361/6936162</p>

— seit 2000 in Fürstenwalde —

Steuererklärung? Wir machen das.



Diplom-Finanzwirt (FH)
Andy Pankow
Beratungsstellenleiter
Mühlenstraße 26
15517 Fürstenwalde
Telefon: 03361 / 377 93 18
E-Mail: Andy.Pankow@vlh.de



Vereinigte Lohnsteuerhilfe e.V.
LOHNSTEUERHILFEVEREIN

www.vlh.de

Wir beraten Mitglieder im Rahmen von § 4 Nr. 11 StBerG.

Wenn ein Mensch den Menschen braucht,
ist es gut zu wissen, wer derjenige ist.



Bestattungen

Jegust-Heise

Eine würdevolle Bestattung muss nicht teuer sein.
Vergleichen Sie vorher!

- Erd-, Feuer- und Seebestattung
- Stille bzw. anonyme Beisetzung
- Überführung im In- und Ausland
- Bestattungsvorsorge zu Lebzeiten
- Information, Beratung und Abschluss einer Vorsorgeversicherung
- Auf Wunsch unverbindlicher Hausbesuch!

JEGUST-HEISE-BESTATTUNGEN
Robert-Havemann-Str. 6 | 15517 Fürstenwalde
Email: jegust-bestattungen@gmx.de
www.bestattungen-jegust.de

24 Stunden an 7 Tagen in der Woche erreichbar!

Tel.: (03361) 491 68 99



FHG Haustechnik GmbH

www.fhg24.com

Perfekter Partner für Vermieter und Hausverwaltung

- Heizungs-Sanitärinstallation bei Neubau, Umbau und Sanierungsbedarf
- Badsanierung auch als Komplettlösung
- Sanierung von Trinkwasseranlagen
- Wartung von Heizungsanlagen

24 Stunden-Störungsdienst im Notfall



Wanted!!!
Mitarbeiter für tolles Team,
Arbeitsort Fürstenwalde
Ansprechpartner:
Eric Brendel, Bernd Dalitz

Grenzstr.36 • 15517 Fürstenwalde
Telefon 0170 9954 476

Der 21. Kinder- und Jugendtag 2023



Vorletzten Samstag fand der nunmehr 21. Kinder- und Jugendtag des Landesanglerverbandes Brandenburg e.V. (LAVB) am Sacrow-Paretzer-Kanal in Töplitz statt. Bei herrlichem Wetter eröffnete LAVB-Präsident Günter Baaske die Veranstaltung mit einem kräftigen „Petri Heil!“ und freute sich darüber, dass mehr Jungangler als noch im letzten Jahr dabei waren.

Kinder durch das Angeln mit der Natur zu verbinden, ist eine wichtige Botschaft, wie unser Präsident immer gerne betont: „Angler schützen die Natur. Das schon in jungen Jahren zu lernen, ist ein hohes Gut.“

Die Bandbreite unter den Junganglern war wieder sehr hoch – vom Profiangler auf einem Podest bis zum „Stippangler“ auf einem Klappstuhl war alles dabei. Die große Anzahl von Schwarzmundgrundeln im Kanal stellte zudem sicher, dass jeder seinen Fisch fing. Neben den Grundeln gingen den Junganglern vor allem Plöt-

zen, Bleie und Ukeleis an die Haken. Aufgrund der großen Anzahl von Anglern wurde in zwei Durchgängen geangelt. Leichte Hilfestellungen waren wie immer erlaubt.

Die erfolgreichsten Angler wurden von Günter Baaske nach dem Angeln ausgezeichnet. Darüber hinaus hatte jeder die Chance, bei der Tombola einen tollen Preis zu gewinnen. Die



Preise wurden in Teilen von unserem Hauptsponsor SAENGER und der Gothaer Generalagentur Dirk Wilke zur Verfügung gestellt. Ein ausführlicher Beitrag vom Kinder- und Jugendtag folgt in der neuen Ausgabe des „Märkischen Anglers“.



FW 16/23 erscheint am 03.08.23. Anzeigen- und Redaktionsschluss ist am 27.07.23, 12 Uhr.

Der Kia Sportage.

Inspiriert dich immer wieder.



Jetzt für:

€ 32.990,-

Kia Sportage 1.6 T-GDI Vision



Abbildung zeigt kostenpflichtige Sonderausstattung.

Das Faszinierende an modernen Technologien: Sie geben dir alle Möglichkeiten und eine ganz neue Freiheit. Ob du im Kia Sportage mit effizientem Verbrennungsmotor oder alternativem Antrieb unterwegs sein willst - du hast die Wahl. Folge einfach deinen Zielen, immer mit dem guten Gefühl, dass intelligente Assistenzsysteme dich auf jeder Fahrt begleiten. Erlebe den Kia Sportage jetzt bei einer Probefahrt.

Kia Sportage 1.6 T-GDI Vision (Super, 6-Gang-Schaltgetriebe), 110 kW (150 PS): Kraftstoffverbrauch in l/100 km: innerorts 7,3; außerorts 5,2; kombiniert 5,9; CO₂-Emission kombiniert 136 g/km. Effizienzklasse: A.¹

Autohaus Kuchenbecker GmbH & Co. KG

Langewahler Straße 19 a | 15517 Fürstenwalde
Tel.: 03361 / 74970 | Fax: 03361 / 749729
www.kia-kuchenbecker.de

¹ Die Angaben beziehen sich nicht auf ein einzelnes Fahrzeug und sind nicht Bestandteil des Angebots, sondern dienen allein Vergleichszwecken zwischen den verschiedenen Fahrzeugtypen.

Tesla: Öffentlichkeitsbeteiligung im Genehmigungsverfahren zur Erweiterung des Werkes in Grünheide

Potsdam – Am 12. Juli 2023 wurde im Amtsblatt Brandenburg bekanntgemacht, dass der Genehmigungsantrag zur Erweiterung des Tesla-Werkes in Grünheide einschließlich der dazu gehörenden Unterlagen und bisher vorliegenden behördlichen Stellungnahmen ab dem 19. Juli 2023 öffentlich ausgelegt und im Internet einsehbar sein wird. Damit wird die Beteiligung der Öffentlichkeit im Genehmigungsverfahren eingeleitet.

Gegenstand der von Tesla beim Landesamt für Umwelt beantragten Änderungsgenehmigung ist eine Erweiterung des Anfang 2022 in Grünheide in Betrieb genommenen ersten europäischen Tesla-Elektroautomobilwerks. Dessen Produktionskapazität soll von derzeit maximal 500.000 Fahrzeugen auf zukünftig 1.000.000 Fahrzeuge pro Jahr erhöht werden.

Hierfür soll eine weitere große Halle zur Unterbringung der zusätzlichen Produktionseinheiten errichtet werden. Zudem sind auch Änderungen

und Optimierungen an den bereits errichteten Produktionsanlagen geplant. Mit der Erweiterung soll zudem eine Erhöhung der Batteriespeicherproduktionskapazität von derzeit 50 auf zukünftig 100 Gigawattstunden pro Jahr einhergehen

Vom 19. Juli bis zum 18. August 2023 sind die Antragsunterlagen im Internet unter <https://www.uvp-verbund.de> sowie bei folgenden Behörden für alle Interessierten einsehbar:

- im Landesamt für Umwelt, Abteilung Technischer Umweltschutz 1, Genehmigungsverfahrensstelle Ost, in **Frankfurt (Oder)**,
- im Landkreis Oder-Spree, Dezernat III - Bauen, Ordnung und Umwelt, in **Beeskow**,
- in der Gemeinde **Grünheide (Mark)** im Rathaus Grünheide (Mark),
- in der Stadt **Erkner** im Rathaus Erkner und
- im **Amt Spreehagen** im Fachbereich III, Bauverwaltung.

In der Zeit vom 19. Juli bis einschließlich 18. September 2023 können schriftlich oder elektronisch bei den oben genannten Behörden Einwendungen gegen das Vorhaben erhoben werden. Wenn Einwendungen erhoben werden, die einer Erörterung bedürftig sind, soll der Erörterungstermin voraussichtlich in der Stadthalle Erkner ab dem 23. Oktober 2023 stattfinden.

Es handelt sich bei diesem Antrag um eine Änderung genehmigter Produktionsanlagen, die mit dem Bescheid vom 04.03.2022 genehmigt wurden. Das Vorhaben wird vollständig innerhalb des Gebiets des bestehenden B-Plans geplant. Es besteht bei diesem Vorhaben kein Zusammenhang mit dem derzeit in Aufstellung befindlichen B-Plan Nr. 60 „Service- und Logistikzentrum Freienbrink-Nord“.

Unter anderem wird eine Änderung der genehmigten betrieblichen Abwasserbehandlungsanlage zu einer Produktionswasserbehandlungsanlage

beantragt. Das bedeutet, dass zukünftig das Abwasser aus der Produktion durch zusätzliche Kreislaufführung und Aufbereitung so behandelt werden soll, dass keine industriellen Abwässer mehr der Kläranlage zugeführt werden. Hierdurch soll benötigtes Produktionswasser eingespart werden.

Tesla plant, das Vorhaben in mehreren Teilgenehmigungsschritten zu beantragen. Laut Bundesimmissionsschutzgesetz wird in einem Teilgenehmigungsverfahren eine Vollgenehmigung in Teilgenehmigungen aufgeteilt. Teilgenehmigungen bieten sich an, um komplexe oder umfangreiche Genehmigungsverfahren zu strukturieren und Großvorhaben, deren Errichtung sich über eine längere Zeit erstreckt, abschnitts- bzw. stufenweise zu genehmigen.

Bei Teilgenehmigungen handelt es sich nicht um Zulassungen vorzeitigen Beginns.

Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und Klimaschutz

Ferien für den Berufseinstieg nutzen

Zum Beginn der Sommerferien sind im IHK-Bezirk Ostbrandenburg mehr Ausbildungsverträge abgeschlossen als im Vorjahreszeitraum. Zum Stichtag 30. Juni ist mit 583 Ausbildungsverträgen ein Plus von 5,8 Prozent registriert. Damit setzt sich der Aufwuchs seit Jahresanfang kontinuierlich fort.

„Täglich kommen abgeschlossene

Ausbildungsverträge hinzu. Aber auch Ausbildungsplätze werden weiterhin angeboten“, sagt Michael Völker, IHK-Geschäftsbereichsleiter Aus- und Weiterbildung. „Wer unentschlossen ist, wie es nach den Ferien weitergehen soll, hat noch eine breite Auswahl. Die Ferien sind eine günstige Zeit, im Praktikum oder im Ferienjob das Arbeitsleben in einem Unternehmen ken-

nenzulernen.“

Auf www.mach-es-in-brandenburg.de können Schulabgänger und Eltern nach Wunschberufen in Heimatnähe suchen. Etwa 250 Ausbildungsplätze sind im IHK-Bezirk noch unbesetzt.

Zu den Ausbildungsberufen mit den höchsten Steigerungen gehören die aus dem Hotel- und Gaststättengewerbe sowie Lagerberufe. Die Top-5-Berufe,

in denen am meisten ausgebildet wird, sind Kaufleute im Einzelhandel, Kaufleute für Büromanagement und Verkäufer gefolgt von der Fachkraft für Lagerlogistik und den Bankkaufleuten. Die IHK Ostbrandenburg ist die größte Interessenvertretung der Wirtschaft zwischen Schwedt und Eisenhüttenstadt, zwischen Berlin und der Oder.

IHK Ostbrandenburg

FW 16/23 erscheint am 03.08.23. Anzeigen- und Redaktionsschluss ist am 27.07.23, 12 Uhr.

Alles für den SCHULANFANG

moses
mode · service · sympathie

Moses Fürstenwalde GmbH & Co.KG | Am Markt 3
15517 Fürstenwalde/Spree | www.moses-fuerstenwalde.de

SHAHRAD - Feinkost

- NEU** • persische Pfannen-/Nudelgerichte, stets frisch zubereitet
- NEU** • Feinkost Sandwich-Belag nach Wunsch
- NEU** • auch zum Mitnehmen
- Nach hausgener Rezeptur hergestellte Frischkäse- und Brotaufstriche
- veredelte Produkte und Antipasti wie Auberginen, Artischocken, Champignons und vieles mehr

Einfach ein MUSS für jede Party!

Öffnungszeiten:
Do, Fr und Sa 09.00 -17.30 Uhr
Nur im Kaufland Nord in Fürstenwalde!

Fürstenwalder FW Die Fürstenwalder Zeitung

Schon am Dienstag online lesen!
www.hauke-verlag.de

Erneute Millionenverschwendung beim RBB: Verantwortliche persönlich haftbar machen!

Die Kündigung der Kanzlei Lutz/Abel ist ein seit Langem überfälliger Schritt. Der RBB hat der Kanzlei ein sich selbst befruchtendes Mandat erteilt. Somit konnte sie ohne jede finanzielle Einschränkung Aspekte lang und breit prüfen, die teilweise schon längst öffentlich bekannt waren. Dadurch wurden 1,6 Millionen Euro an Rundfunkbeiträgen ausgegeben.

Dabei kam diese Verschwendung mit Ansage. Denn bereits seit Ende 2022 hat BVB/FREIE WÄHLER Zweifel an der Stichhaltigkeit der Prüfung geäußert. Dennoch hat der RBB ohne Maß und Mitte die Kanzlei vor sich hin prüfen lassen und jede Forderung nach

Vorlage der Berichte brüsk zurückgewiesen. Da der Bericht offensichtlich die Kosten von 1,6 Millionen Euro nicht ansatzweise rechtfertigt, hat der Verwaltungsrat der Kanzlei gekündigt. Es gilt nun, die Haftungsfrage zu stellen. Die Verantwortlichen, die trotz laut formulierter Kritik die Kanzlei immer weiter haben gewähren lassen, müssen sich angesichts der Millionenverschwendung fragen lassen, warum sie keine Kontrollschritte eingebaut haben. Ein Sender, der wegen massiver Mittelverschwendung in der Kritik steht, verschwendet einen siebenstelligen Betrag, um das vermeintlich aufzuklären. Hierzu erklärt Fraktionsvorsitzender

Péter Vida: „Es zeigt sich, dass die Be-teuerungen, man habe aus dem Skandal gelernt, schlicht nicht glaubhaft sind. Es ist grotesk, dass weiterhin ein solch laxer Umgang mit Rundfunkbeiträgen herrscht. Es gilt, von allen Möglichkeiten der persönlichen Haftung Gebrauch zu machen. Die an Lutz/Abel ausgegebene Summe entspricht einem monatlichen Rundfunkbeitrag von 87.146 Brandenburgern. Die Verantwortlichen sollten sich schämen.“

Zugleich ist es bemerkenswert, dass sich der RBB mit Händen und Füßen dagegen wehrt, den Bericht dem Untersuchungsausschuss des Landtages zu übergeben. Somit zerstört der Sen-

der das letzte Vertrauen in die Aufklärungsbereitschaft. Besonders pikant: Der RBB hat bereits eine Schutzschrift beim Landgericht Potsdam hinterlegt, um sich vorsorglich gegen die Herausgabe der Akten an den Untersuchungsausschuss zu wehren. Hierzu Péter Vida weiter: „Der RBB reitet sich immer weiter selber rein. Zum mangelnden Sparwillen gesellt sich nun noch Aufklärung-Abwehr-Wille. Da hilft nur noch eine tiefgründige Rosskur. Der Umgang mit den Beitragszahlern und dem Parlament spottet jeder Beschreibung.“

**Fraktion BVB/FREIE WÄHLER
im Landtag Brandenburg**

Dr. Christian Ehler (EVP/CDU):

„SPD und Grüne stellen sich gegen die Brandenburger Landwirtschaft“



Anlässlich der Abstimmung vom 12.07.2023 des Europäischen Parlaments über das Naturwiederherstellungsgesetz erklärte der Branden-

burger CDU-Europaabgeordnete Dr. Christian Ehler: „Heute ist ein schlechter Tag für die Brandenburgische Landwirtschaft. Die EVP-Fraktion hat alles getan, Pragmatismus gegen Ideologie zu verteidigen. Die denkbar knappe Mehrheit lässt hoffen, dass die Verhandlungen mit dem Rat zu einem realistischeren Ergebnis führen. SPD und Grüne stellen sich mit ihrem heutigen Abstimmungsverhalten gegen die berechtigten Warnungen der Brandenburger Landwirtschaft. Ministerpräsident Woidke sollte erklären, wie seine Position für die anstehenden Gespräche im Rat aussieht.“

„Dieses Rechtsetzungsvorhaben ist hochgradig umstritten. Der Vorschlag ist aus unserer Sicht unausgewogen, im Grundsatz falsch angelegt und nicht geeignet, einen effektiven Beitrag zum Schutz der Artenvielfalt zu leisten. Die Finanzierung der Maßnahmen und die

Auswirkung in den Mitgliedstaaten ist ungeklärt. Es ist vollkommen unklar, inwieweit das Naturwiederherstellungsgesetz mit den anderen 23 bestehenden EU-Verordnungen abgestimmt ist, die heute schon unsere Natur schützen. Es behindert die erneuerbaren Energien, z.B. im Bereich der Wasserkraft, und behindert die Entwicklungsmöglichkeiten der Menschen im ländlichen Raum. Hier müssen wir ansetzen. Die EVP-Fraktion hat diesen Vorschlag der EU-Kommission daher heute in Gänze zurückgewiesen“, so Ehler weiter.

„Ich möchte ausdrücklich betonen, dass die gesamte EVP-Fraktion die Ziele des Green Deals unterstützt. Wir als EVP-Fraktion haben durchgesetzt, dass mit dem EU-Emissionshandelsystem und der Erneuerbare-Energien-Richtlinie die Grundpfeiler des Green Deals verabschiedet wurden. Bei dem

Naturwiederherstellungsgesetz vertreten wir allerdings die Position, dass der von der Europäischen Kommission gewählte Ansatz der falsche Weg ist. Der Vorschlag ist impraktikabel, rückwärtsgerichtet und ideologisch programmiert. Stattdessen brauchen wir einen praktikablen und vorausschauenden, zukunftsorientierten Ansatz, der die wachsende Weltbevölkerung, seltene Erden, den Klimawandel und die Ernährungssicherheit sowie -bezahlbarkeit berücksichtigt. Wir dürfen hierbei auch die Abstimmung des Landwirtschaftsausschusses und des Fischereiausschusses nicht ignorieren, die beide bereits mehrheitlich den Vorschlag zurückgewiesen haben“, so Ehler abschließend.

**Dr. Christian Ehler ist Mitglied des
Europäischen Parlaments
Europabüro**

FriedWald Fürstenwalde kennenlernen

Eine Führung durch den FriedWald Fürstenwalde bieten die FriedWald-Försterinnen und -Förster am 22. Juli 2023 um 15 Uhr an.

Bei dem kostenlosen Spaziergang lernen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer den Wald als Ort der letzten Ruhe kennen. Sie erfahren, welche Bäume als Grabstätten zur Verfügung stehen, was ein Baumgrab kostet und wie Beisetzungen im Fried-

Wald gestaltet werden können. Wer bereits zu Lebzeiten vorsorgen möchte, findet bei der Führung vielleicht schon den Baum, der einmal Familie und Freunden als letzte Ruhestelle dient. Die Führung dauert etwa eine Stunde. Treffpunkt ist an der Schutzhütte am FriedWald-Parkplatz; Anfahrt: Bahnhofstraße, 15537 Hangelsberg (bitte ab diesem Punkt 2 km der Beschilderung durch den Wald bis

zum FriedWald-Parkplatz folgen). Da die Plätze für die Waldführung begrenzt sind, ist eine Anmeldung unter www.friedwald.de/fuerstenwalde.de oder 06155 848-100 erforderlich.

Die FriedWald GmbH hat mit der Naturbestattung eine Veränderung in der Bestattungskultur angestoßen. 2001 wurde mit dem FriedWald Reinhardswald bei Kassel der erste Be-

stattungswald als Alternative zum herkömmlichen Friedhof in Deutschland eröffnet. Seitdem ermöglicht FriedWald in Kooperation mit Ländern, Kommunen, Kirchen und Forstverwaltungen Baumbestattungen in gesondert ausgewiesenen Bestattungswäldern. Inzwischen gibt es bundesweit 83 FriedWald-Standorte, jeder ist ein nach öffentlichem Recht genehmigter Friedhof im Wald.

**Ahrendorf**

- Winkler Immobilien, Lindenstr. 11a

Alt Stahnsdorf

- Verteilung erfolgt durch einen engagierten Leser

Beeskow

- Bader Baustoffe GmbH, Industriestr. 7
- Bäckerei Schulze, Breite Str. 11
- Back Paradies, Schützenstr. 28a
- Bistro Istanbul, Schützenstr. 28a
- Blumen-Körbchen im EKZ, Fürstenwalder Str. 10b
- Büro- u. Schreibwaren Lotto E. Schulze, Breite Str. 41
- EDEKA im EKZ Beeskow, Fürstenwalder Str. 10
- Elektro Meng, Breite Str. 3
- Fahrrad Worreschk, Breite Str. 4
- Foto Fischbach, Berliner Str. 14
- Genuss Werk Stadt, Markt 1

Buckow

- Gaststätte Goldener Hirsch, Falkenberger Str. 37

Friedland

- Kathrins Papier- & Geschenkeshop, Karl-Marx-Str. 33

Görsdorf

- Friseur Salon Trendy, Str. d. Friedens 26

Glienicke

- Kosmetiksalon Mogel und Wolff, Beeskower Str. 40

Groß Rietz

- Zum Alten Konsum, Beeskower Ch. 33

Herzberg

- Gasthof Simke, Kirchstr. 5
- MST Reisen, Hartensdorfer Str. 19

Kossenblatt

- Fam. Miethe, Lindenstr. 14

Krüggersdorf

- Fam. Seidel, Am Schloss 7

Lindenberg

- bft-Tanstelle, An der B 246
- Edeka Adolf, Hauptstr. 13
- Gärtnerei Heinrich, Hauptstr. 13

Limsdorf/Möllendorf

- Näh- u. Änderungsservice D. Witkowski, Möllendorfer Str. 29

Oegeln

- Landcafé & Pension Rudolph, Lindenstr. 36

Pfaffendorf

- ja bitte!? - druck & werbung, Pfaffendorfer Ch. 35

Ranzig

- Seecamp Waldreich, Ranziger Hauptstr. 21a

Reudnitz

- Verteilung erfolgt durch einen engagierten Leser

Storkow

- EDEKA, Rudolf-Breitscheid-Str. 27
- EURONICS Tinius, Am Markt 8
- Gärtnerei Heinrich, Reichenwalder Str. 2
- Getränke Hoffmann, Goetestr. 2
- Lottoladen M. Wölffling, Am Markt 10
- Lotto Shop Krause, Beeskower Ch. 40
- Q1-Tankstelle, Heinrich-Heine-Str. 39
- Storch-Apotheke, Am Markt 7
- Weltladen, Am Markt 33

Tauche

- Bäckerei u. Konditorei Schulze, Beeskower Ch. 55

Trebatsch

- Bäckerei & Café Hacker, Trebatscher Hauptstr. 15

Wendisch Rietz

- EDEKA, An den Kanalwiesen 1
- Garten- u. Forstgeräte K. Hohmann, Dahmsdorfer Str. 5
- Kranich-Apotheke, An den Kanalwiesen 7

Wilmsdorf

- Bushaltestelle am Dorfgemeinschaftshaus/Feuerwehr

**Alt Madlitz**

- Einzelhandel H. Kaul, Lindenstr. 35

Bad Saarow

- Bäcker & Café am Kurpark, Seestr. 2
- Beatus GmbH, Dorfstr. 33
- Eiscafé Saarow Marina, Uferstr. 15a
- Gartengeräte Scheffler, Golmer Str. 6B
- Mark in Brandenburg Kulinarikum, Kurpark Kolonnaden, Ulmenstr. 2a
- Licht & Welle, Ulmenstr. 4a

Berkenbrück

- Landgasthof Spreetal, Dorfstr. 33

Briesen

- EDEKA, Bahnhofsstr. 36a
- Fleischerei Obenhaupt, Bahnhofstr. 11
- Frisuren-Spezialisten, Bahnhofstr. 35

Demnitz

- Verteilung erfolgt durch einen engagierten Leser

Fürstenwalde Mitte

- Arztpraxis Alexander Heinze, Sembritzstr. 3
- Bäckerei Heurich, Eisenbahnstr. 122
- Fürstengalerie, Am Markt 3
- Getränkehandel Mord, Mühlenstr. 17
- GIP-Casino - Kantine in der Lindenstr.
- Heimattiergarten Fürstenwalde
- Linden-Apotheke, Eisenbahnstr. 27
- Lotto Friedrich, Rathauscenter
- Naturkost Reim, Mühlenstr. 25
- Rathauscenter, Am Markt 4
- Stadtbibliothek Fürstenwalde, Domplatz 7
- Sonne 3000, Frankfurter Str. 16
- Vodafone-Shop am Stern
- Willy Wahn, Eisenbahnstr. 139
- Zeitungen/Lotto im Bahnhof Fürstenwalde

Fürstenwalde Nord

- Anwohnergaststätte, Juri-Gagarin-Str. (bei KIK/TEDI)
- Bäckerei Zimmermann, Tschaikowskistr. 18
- Best Kebap bei Repo & Norma, Karl-Liebkecht-Str. 23
- Curry-Fee, Rebstockstr. (Toom-Parkplatz)
- Getränke Union Rauer, Triftstr. 35
- Imbiss Ärztehaus Nord, Karl-Liebkecht-Str. 21
- Kaufland Nord
- Kiez-KOM Anwohnertreff, Wladislaw-Wolkow-Str. 26
- Küstriner Wappen, Küstriner Str. 9
- Lotto Friedrich, Kaufland Nord
- Sputnik Back, Wriezener Str. 36
- Zilki 13 Anwohnertreff, K.-E.-Ziolkowski-Ring 13

Fürstenwalde Süd

- EP: Electro Christoph, Bahnhofstr. 22A
- Expert, Alte Langewahler Chaussee 11
- Galenus-Apotheke, Bahnhofstr. 22
- Getränke Hoffmann, Rudolf-Breitscheid-Str. 13
- Hauke-Verlag, Alte Langewahler Ch. 44
- Kaufland Süd/Alte Langewahler Ch. 11: Bäckerei Wahl und Reise-Oase Bennewitz
- Kia Kuchenbecker, Langewahler Str. 19a
- Sport-Camp Tischler, August-Bebel-Str. 15
- Zahnärztin Anka Giebler, Puschkinstr. 56
- Zoo-Center, Alte Langewahler Ch. 49

Hangelsberg

- Familie Michele, Am Spreeufer 72
- Gaststätte Zum Forsthof, Berliner Damm 10
- Gittis Blumenladen, Hauptstr. 20
- Physiotherapie Ellen Pfeiffer, Berliner Landstr. 27

Hasenfelde

- Familie Knispel, Fürstenwalder Str. 12

Heinersdorf

- Tiffanny Bistro, Hauptstr. 1a

Langewahl

- Festhof Nirgendwo, Chausseestr. 106

Molkenberg

- Geflügelhof Heiko Günther, Molkenberger Str. 2

Neuendorf im Sande

- Holger & Anita Pelz, Alte Dorfstr. 47

Pillgram

- Verteilung erfolgt durch einen engagierten Leser

Schönfelde

- Fam. Lothar Ziehm, Neumühler Str. 15a

Steinhöfel

- Gaststätte Ulmenhof, Straße der Freundschaft 24
- Landmarkt Mike Hoff, Demnitzer Str. 27a

Spreenhagen

- Salon Haarkropolis, Friedhofstr. 9

Trebus

- Gaststätte Seeblick, Parkstr. 10

KA – KÜMMELS ANZEIGER**Alt Buchhorst**

- Campingplatz am Peetzsee, Am Schlangenluch 27

Berlin-Alt Mahlsdorf

- Jump3000, Landsberger Str. 217-218
- Total Tankstelle, Alt Mahlsdorf 60

Altlandsberg

- Total Tankstelle, Hönowener Ch. 1A

Berlin-Müggelheim

- Autoservice Schlaak, Alt-Müggelheim 12
- Café Bistro No. 1, Gosener Damm 1
- Echi's Backstube, Alt-Müggelheim 16A
- Getränke Hoffmann, Müggelheimer Damm 233-235
- Sprint-Tankstelle, Gosener Damm 13-15

Birkenwerder

- Grillhaus Birkenwerder, Hauptstr. 96
- Ratskeller Birkenwerder, Hauptstr. 34
- Renotti Jeans, Clara-Zetkin-Str. 15

Erkner

- Athletic Park, Neu Zittauer Str. 41 - Kurparkcenter
- Autobedarf Wiczorek, Ernst-Thälmann-Str. 29
- Bäckerei Vetter, Friedrichstr. 62
- Bechsteins Ristorante di piano, Fürstenwalder Str. 1

Erkner

- EDEKA Center Erkner, Ladestr. 2
- Freiseursalon P. Struck, Friedrichstr. 1
- Gaststätte Ziech, Berliner Str. 8
- Gefas, Fichtenauer Weg 53
- Gefas, Friedrichstr. 52a
- Gefas, Kleiderkammer, Seestr. 2
- Getränke Hoffmann, Berliner Str. 3
- Getränke Hoffmann, Neu Zittauer Str. 41 - Kurparkcenter
- Krümmelland Stifte & Co, Friedrichstr. 55
- Löcknitz Idyll, Fangschleusenstr. 1
- Orthopädie-Schuh-Technik Quenstedt, Catholistr. 17
- Paris-Rom-Erkner, Neu Zittauer Str. 15
- Rathaus Erkner, Friedrichstr. 6-8
- Shell, Neu Zittauer Str. 30
- Taxi Bruchmann, Am Krönichen 15

Fangschleuse

- Bäcker Hennig, Karl-Marx-Str. 30
- Werlsee Einkauf, Eichenallee 20a

Friedrichshagen

- Dresdner Feinbäckerei, Bölschestr. 89
- Lotto & Zeitungen, Bölschestr. 72
- Tabac-House, Bölschestr. 53

Gosen

- Hennig der Steinofenbäcker, Müggelpark Gosen
- GO-Tankstelle Thomas Richter, Am Müggelpark 35

Glienicke

- Sportsmann Fitnessstudio, Eichenallee 9

Grünheide

- Die Blumenbinderin, Karl-Marx-Str. 26
- Forellenanlage Klein Wall, Klein Wall
- Gemeinschaftspraxis Völler, Am Waldrand 1c
- Tekin Kebap, Karl-Marx-Str. 38

Hennickendorf

- Ölmühle Lemke, Mühlenstr. 7

Hessenwinkel

- EDEKA, Fürstenwalder Allee 314
- Haarstudio Klafunde, Fürstenwalder Allee 318
- Rosen Apotheke, Fürstenwalder Allee 266

Hohen Neuendorf

- Renotti Jeans, Berliner Str. 39

Neu Zittau

- Apotheke Neu-Zittau, Berliner Str. 102

Neu Zittau

- Bäcker Schmidt, Berliner Str. 22
- Dachdecker Eggebrecht, Spreebordstr. 10

Rahnsdorf

- Apotheke zum weißen Schwan, Springberger Weg 16
- Dresdner Feinbäckerei, Püttbergerweg 3
- EP: Jaenisch, Fürstenwalder Allee 39
- USE Gartencenter, Fürstenwalder Allee 14

Rüdersdorf

- Bäckerei Friedrich, Dr.-W.-Külz-Str. 2
- Gefas, Die Tafel, Woltersdorfer Str. 14A
- Hennig der Steinofenbäcker, Otto-Nuschke Str. 15a
- Kosmetik - med. Fußpflegepraxis Christa Gertler, Bergmannsglück 23
- Linden Apotheke, Am Kanal 2
- Shell, Am Stolp 19

Schöneiche

- Aldi, Woltersdorfer Str. 1
- ADS Schöneiche, Kalkberger Str. 189
- Bäcker Petersik, Goethestr. 9
- DVMO GmbH, Werner-v.-Siemens-Str. 8
- Familie Fechner, Friedrichhagner Str. 49
- Getränke Hoffmann, Kalkberger Str. 10-12
- Hennig der Steinofenbäcker, Schöneicher Str. 9a
- Ital. Eiscafé, Brandenburgische Str. 149
- Lotto-Press Grätzwalde, Kalkberger Str. 10-12
- Praxis für Physiotherapie M. Jander, Warschauer Str. 71

Strausberg

- ELAN-Tankstelle, Berliner Str. 69

Stolpe (Hohen Neuendorf)

- Hundefutter-Frischfleischhandel, Dorfstr. 10

Spreewau

- Quick Shop, Spreenhagener Str. 3

Wilhelmshagen

- Lotto Kerstin Bona, Schönblicker Str. 2-4

Woltersdorf

- Albrechts Powersnack, Berghofer Weg 35
- Bäckerei Vetter, Berliner Str. 115
- Bäckerei Vetter, Vogelsdorfer Str. 6
- Blumen Anders, August-Bebel-Str. 28
- Café Hummelchen, Fangschleusenstr. 2
- Café Knappe, Schleusenstr. 35a
- Fuhrunternehmen B. Hildebrandt, Berghofer Weg 26
- Getränke Hoffmann, Berliner Str. 113
- Isy Kebab, Berliner Str. 132
- Papier Rasch, Köpenicker Str. 74
- Physio am Flakensee, E.-u.-J.-Rosenberg-Str. 37
- Taverna Achillion, Rudolf-Breitscheid-Str. 24
- WEA, Fasanenstr. 65-66

Hingehen.
Reingehen.
Mitnehmen.

Protest gegen die geplante Baumfällung in Storkow geht weiter – Anwohner fühlen sich übergangen und nicht einbezogen



Liebe Leser, vielen Dank für das Unterstützen der Petition zur Verhinderung der Fällung der 113 Jahre alten Linden in der Gerichtsstraße in Storkow. Bis zum heutigen Tag haben 741 Menschen unser Anliegen unterstützt, davon 413 aus Storkow. Ein herzliches Dankeschön!

Hier nun ein paar Informationen zu der aktuellen Lage.

Der BUND e.V. hat sich an unsere Bürgermeisterin mit einem Protestbrief gewandt. Darauf gab es aus dem Rathaus auch eine Antwort, die ich hier lückenhaft wiedergeben möchte.

Frau Schulze-Ludwig beklagt den Kommunikationsstil zwischen dem BUND e.V. und dem Rathaus, da das Schreiben des BUND e.V. schon veröffentlicht war, bevor es im Rathaus ankam. Sie sagt, die betreffenden Straßen seien der Hauptverkehrsweg zwischen Bahnhof und Innenstadt und sie betont, dass der Radweg zur favorisierten Verkehrswende – weg vom Auto hin zum Fahrrad, gehört...

Außerdem befindet man sich noch im laufenden Verfahren und sollte eine Beteiligung des BUND e.V. erforderlich sein, wird sie diese selbstverständlich vornehmen.

Die betreffenden Straßen sind nicht der Hauptverkehrsweg in die Innenstadt, das ist die Ernst-Thälmann-Straße.

Auf der Seite www.storkow.de hat Frau Schulze-Ludwig eine Stellungnahme veröffentlicht, wozu ich hier einiges ergänzen möchte. Der zeitliche Ablauf stellt sich für die Anwohner nämlich ein wenig anders da!

- Am 23.03.2023 wurde im Amtsblatt mitgeteilt, dass diese beiden Straßen ausgebaut werden sollen, mit Angabe von Kostenplanzahlen. Darauf hin wurden etliche Telefonate mit dem Bauamt geführt, um genauere Informationen zu erhalten. Es wurde auf die bald folgende Anwohnerversammlung vertröstet.

- Am 25.05.2023, 14 Uhr: Termin Bauamt, um die Planzahlen einzusehen.
- Am 30.05.2023 dann eine Anwohnerversammlung, in der das erste Mal das Projekt konkret vorgestellt wurde,

mit den damit verbundenen zu erwartenden Kosten für die Anwohner. Es ist geplant, die Grasnicksstraße und die Gerichtsstraße im Zuge des Radwegekonzeptes auszubauen. Die Argumentation ist, dass die Menschen, die vom Bahnhof ins Zentrum gehen oder fahren, diesen Weg nutzen. Tatsächlich gehen die Menschen aber einen anderen Weg, über die Ernst-Thälmannstr. ins Zentrum, der jetzige Bauabschnitt ist wenig frequentiert (drei bis sieben Personen am Tag). Natürlich läuft alles über Fördermittel und die an den Kosten beteiligten Anwohner. Die Kosten sind natürlich nur geschätzt. In der Vergangenheit zeigte sich bei fast jedem BV, dass die Kostenschätzung um ein Vielfaches übertroffen wurde.

15 von 19 Anwohnern der Grasnicksstraße haben bekundet, dass sie dort keinen Gehweg wollen, da er unsinnig ist. Dies wurde der Bürgermeisterin mitgeteilt. Die Anwohner der Gerichtsstraße haben angemerkt, dass kaum Parkplätze für die Arztpraxen nach dem Bau zur Verfügung stehen.

Einwände wurden schriftlich (Belege vorhanden) und mündlich mitgeteilt.

- Am 15.06.2023 erfolgte die Submission

– trotz unserer vorherigen Einwände.

- Donnerstag, 22.06.23: Stadtverordnetenversammlung – es wurde dann erwähnt, dass man die Parkplatzsituation jetzt noch verändert hat.

Auch teilte man in der SVV mit, dass in der Gerichtsstraße 16 Linden gefällt werden sollen (113 Jahre alt)! Dieser Fakt wurde vorher nicht kommuniziert, selbst einige Stadtverordnete waren über die Anzahl entsetzt.

- öffentlicher Teil bis Bürgerfragestunde: nochmalige Einwände der Anwohner
- nicht öffentlicher Punkt wurde vorgezogen - Auftragsvergabe!

- öffentlicher Teil Fortsetzung: Abstimmung sieben Stadtverordnete für den Ausbau, sechs Stimmen dagegen (7. Stimme Bürgermeisterin – Befangenheit?!)

Ein weiterer Unsinn ist, dass der geplante Radweg sich im Nirgendwo verliert, er führt in eine unausgebaute Landschaft, direkt am Raiffeisenmarkt vorbei. Die Anwohner sind gegen den überdimensionierten Ausbau.

Die Linden sollen nach unserer Dafürhalten unbedingt erhalten bleiben.

Hierzu ist noch zu sagen: Zitat Bürgermeisterin: Bereits im Jahr 2009 wurden die Bäume in diesem Abschnitt durch einen FFL-Baumgutachter betrachtet und folgendermaßen bewertet:

„Angesichts des bereits schlechten allgemeinen Gesundheitszustandes der Mehrzahl der Linden und daher durchschnittlich geringer Lebenserwartung, der deutlichen Bestandslücken und der Funktionseinschränkungen durch Kappungen und drastischer Kroneneinkürzungen etwa der Hälfte der noch vorhandenen Bäume, erheben sich Zweifel an der Erhaltungsfähigkeit des Straßenbaumbestandes ...“
Trotz der beschiedenen ge-

ringen Lebenserwartung stehen die Bäume nun seit 14 Jahren noch immer und so sehr man sich auch bemüht, sie totzupflegen, sie treiben aus und geben sich alle Mühe, am Leben zu bleiben. Hier ist auch wieder bemerkenswert, dass die Bäume auf einer Straßenseite so erkrankt sind, dass sie weg müssen, die andere Straßenseite ist besser erhalten...?

Aus dem Rathaus wird gebetsmühlenartig wiederholt, allen Bürgern stand es frei, zu den Sitzungen zu erscheinen, um informiert zu sein. Der Großteil der Anwohner fühlt sich aber übergangen und nicht einbezogen. So wurde von einer ansässigen Ärztin, mit einer Unterschriftenliste ihrer Patienten, ein Widerspruch verfasst. 120 Menschen haben unterschrieben, dass sie das Bauvorhaben so nicht unterstützen. Eine andere Anwohnerin hat ebenfalls Widerspruch eingelegt – mit einer Unterschriftenliste aller Anwohner der Straße. Auch wurde ein Schreiben an die Kommunalaufsicht geschickt, ein Brandbrief an das Rathaus und die untere Naturschutzbehörde.

Unsere Kritiker meinen, wir seien Verhinderer des Fortschritts. Dem kann ich nur folgendes entgegnen: Wir sind nicht gegen die Sanierung der Straßen. Wir sind auch dafür, dass die vorhandenen Gehwege saniert werden. Was wir kritisieren, ist die Art und Weise, wie hier vorgegangen wurde. Die Anwohner wurden vor vollendete Tatsachen gestellt, ihnen wird per Bescheid mitgeteilt, was sie zu zahlen haben, ob sie können oder nicht. Und die Agenda zur favorisierten Verkehrswende – weg vom Auto – hin zum Fahrrad kann man begrüßen oder kritisch hinterfragen. Wir hinterfragen diese, denn sie bedeutet nichts anderes, als den Individualverkehr abzuschaffen und den Leuten Lastenräder aufzudiktieren. Wir dürfen gespannt sein, wer nach Fertigstellung der kompletten Verkehrswende noch selbst entscheiden darf und kann, wie er sich fortbewegen möchte.

Am 13.07.2023 fand das Nachbarschaftsfest der SPD auf dem Markt in Storkow statt, zu der wir eine Versammlung außerhalb des Marktes angemeldet hatten. Mit dabei war die Bürgerinitiative der Seepro-menade Karlslust.

Janett Jarantowski für die **Anwohnerinitiative Gerichtstraße/Grasnicksstraße, Storkow, Tel.: 033631 82801**
<https://www.openpetition.de/petition/online/stoppt-die-baumfaellung-gerichtstrasse-storkow-mark>



Hund attackiert und beißt Zweijährige in Gesicht und Kopf

Tierrechtsorganisation fordert Hundeführerschein in Brandenburg

Einem Medienbericht zufolge biss ein Hund am 11. Juli 2023 ein zweijähriges Kind in Falkenhagen. Nachdem der Vierbeiner das Mädchen auf einer Straße umstieß, biss und verletzte er sie im Gesicht und am Kopf. Der Hund wurde beschlagnahmt und in ein Tierheim gebracht. Gegen die Hundehalterin wurden Ermittlungen wegen gefährlicher Körperverletzung aufgenommen. Angesichts dieses Vorfalles fordert die Tierrechtsorganisation PETA die Landesregierung auf, den sogenannten Hundeführerschein in Brandenburg einzuführen.

„Meist liegt das Problem nicht beim Hund, sondern am anderen Ende der Leine. Viele Halterinnen und Halter können das Verhalten, die Signale und die Körpersprache ihres Vierbeiners nicht richtig deuten und einschätzen. Somit ist die wahre Ursache für Beißattacken bei ihnen zu suchen – nicht beim Tier“, so Monic Moll, Fachreferentin für tierische Mitbewohner bei PETA. „Jeder Hund, der falsch gehalten oder behandelt wird, kann zu einer Gefahr für Mensch und Tier werden – unabhängig davon, ob er einer ‚Rasse‘ angehört oder ein ‚Mix‘ ist.“

Der Hundeführerschein sieht vor, dass künftige Halter und Halterinnen bereits vor Aufnahme eines Hundes einen Theoriekurs absolvieren, in dem sie das notwendige Fachwissen über eine tiergerechte Haltung und Aspekte wie Kommunikation und Bedürfnisse von Hunden erwerben. Anschließend folgt für Halter und Hund ein gemeinsames obligatorisches Praxisseminar in einer Hundeschule. Ein solcher Nachweis kann sicherstellen, dass Menschen, die Hunde halten, fachkundig mit dem Tier umgehen und die Signale des Vierbeiners richtig deuten. Eine funktionierende Kommunikation zwischen Hund und Halter ist unerlässlich, um Beißvorfälle zu verhindern. Als erstes deutsches Bundesland hat Niedersachsen einen Sachkundenachweis für Hundehalter beschlossen – seit Juli 2013 ist der allgemeine Hundeführerschein verpflichtend [1]. Dort ereigneten sich nach drei Jahren nachweislich weniger Vorfälle [2]. Wer in Berlin seit dem 1. Januar 2017 einen Hund neu aufgenommen hat, ist ebenfalls dazu aufgefordert, sich die notwendige Sachkunde anzueignen. Einer repräsentativen Umfrage aus dem Jahr 2016

zufolge spricht sich mit 65 Prozent eine deutliche Mehrheit der Deutschen für einen Sachkundenachweis für Hundehalter und Halterinnen aus [3]. Einige Städte belohnen verantwortungsbewusste Halter: Wer in München nach dem 1. Mai 2014 einen Hundeführerschein absolviert hat, kann sich ein Jahr lang von der Hundesteuer befreien lassen. In Mannheim gilt eine zweijährige Steuerbefreiung für alle Hunde, deren Halter den Hundeführerschein nach dem 1. Januar 2016 erworben haben.

Ein verpflichtender Hundeführerschein hat einen weiteren Vorteil: Er kann Menschen, die sich noch nicht ausführlich mit der Hundehaltung auseinandergesetzt haben, von einem eventuellen Impulskauf abhalten.

Jedes Jahr landen 80.000 Hunde in deutschen Tierheimen, darunter sehr viele Tiere, die unüberlegt „angeschafft“ wurden. PETAs Motto lautet:

Tiere sind nicht dazu da, dass wir an ihnen experimentieren, sie essen, sie anziehen, sie uns unterhalten oder wir sie in irgendeiner anderen Form ausbeuten. Die Organisation setzt sich gegen Speziesismus ein – eine Form von Diskriminierung, bei der Tiere aufgrund ihrer Artzugehörigkeit abgewertet werden.

PETA Deutschland e.V.

Kleinanzeigen

An- & Verkauf

**Wir kaufen
Wohnmobile + Wohnwagen**
03944-36160
www.wm-aw.de FA

Urlaub

Garten mit kleiner Laube (einfache Ausstattung aber TV) DIREKT AM WASSER zu vermieten. Schlafmöglichkeit, Küche, WC und Solar Dusche vorhanden. Boots Liegeplatz Sommer/Winter, SUP. Preis/Tag: 30 € Preis/Woche: 190 € ab Monat Preis VB Tel.: 0177/55 70 170

Verkaufe Motorboot mit Trailer



Fahrzeughersteller: Norwegen
Type: Fjord 21
Länge x Breite: 6,80m x 2,35m
Antriebsart: Diesel, Bj.: 1978
Motor: Sole-Mini 17/17,0 kW, Bj.: 2012
Trailer-Baujahr: 04/1996

Preis nach Vereinbarung
Tel.: 0157-37 03 06 66
oder (033631) 44 76 72

Großes Ferienhaus in traumhafter Umgebung

direkt am Malchiner See, Mecklenburgische Seenplatte



- 120 m² Wohnfläche
- für bis zu 7 Personen
- 2 Schlafzimmer
- gr. Wohnzimmer mit Schlafcouch
- 2 Badezimmer
- große Seeterrasse

www.ferienhaus-adlerblick.de



**Bestattungshaus
F. Brunn**

... denn Trauer braucht Vertrauen!

Tag und Nacht
Telefon: 03361 / 346 064



- Beisetzungen und Bestattungen jeglicher Art
- Vermittlung von Grabstätten
- Übernahme der Bestattungsfomalitäten
- Überführungen ins In- und Ausland

Ernst-Thälmann-Str. 45, 15517 Fürstenwalde



- Zäune • Tore
- Falttore • Antriebe
- Garagentore
- Briefkastenanlagen
- Alarmanlagen
- Haussicherheit



AMSICO.de
Sicherheit von Alarm bis Zaun
Hoppegartener Strasse 47 • 15366 Hoppegarten
Tel.: 03342 / 30 96 10 • E-Mail: info@amsico.de

URLAUBSERINNERUNG? GEBURTSTAG? HOCHZEIT?

- Filme und Bildershows aus Ihren Video- oder Fotoaufnahmen auf DVD und/oder als Datei, auch in HD-Qualität (Bluray)
- Archivierung und Bearbeitung von alten Videobändern auf DVD und/oder als Datei
- Digitalisierung von Fotos, Dias und Negativen



HUBIS MOVIES Inh. Hubertus Welke
15848 Tauche OT Lindenberg • Ahrensdorfer Str. 24
Tel./Fax 033677-5758 Funk 0151-52019380 • E-Mail: hubertus.welke@web.de

Was wird aus diesem Land?

In Thüringen und auf Bundesebene erleben wir einen Verfassungsschutz, der sich selbst als Schutz der Regierungsparteien versteht. Der ohne eigene Gesetzgebungskompetenz seinen Aufgabenbereich erweitert und dessen Chefs sich anhören und anfühlen wie Generalsekretäre der Regierungsparteien. Das können sie nur deshalb tun, weil sie von ihren Dienstherrn gedeckt werden, wenn sie ihre Kompetenzen systematisch überschreiten, um sich an der AfD abzuarbeiten. Wenn der Verfassungsschutz zu einer Vorfeldorganisation der Regierungsparteien wird, dann werden Grenzen überschritten, die in einem Rechtsstaat nicht überschritten werden dürfen. Wenn sich der Verfassungsschutz nicht mehr als Schild und Schwert zum Schutz aller Bürger versteht, sondern als Vorfeldorganisation der Regierungsparteien handelt, dann delegitimiert er sich selbst, die Regierungsparteien und den Rechtsstaat insgesamt. Im Interesse des Rechtsstaats und der Demokratie wäre es erforderlich, sowohl Herrn Haldenwang als auch Herrn Kramer alsbald aus ihren Ämtern zu entfernen und durch Persönlichkeiten zu ersetzen, die nicht wie Generalsekretäre der Regierungsparteien agieren.

Bei den Landratswahlen in Sonneberg im fränkischen Teil von Thüringen ist nun tatsächlich das Unfassbare passiert. Die Bürger haben einen Landrat von der AfD gewählt. Riesenaufriss über diesen „Dammbruch“. Ein Volljurist, geboren in Sonneberg, dort aufgewachsen und beruflich aktiv, hat mehr Vertrauen als der gesamte „demokratische Block“. So geht das ja nun wirklich nicht. Wo bleibt denn da die Brandmauer gegen die Wähler und gegen die Demokratie? Die bröckelt ja. Diese Wahlen müssen sofort rückgängig gemacht werden. Auf die Idee, dass Landrat Sesselmann auch schon persönliches Vertrauen vor 2013, also vor Gründung der AfD, genossen haben könnte, kommt keiner.

Der „Kampf gegen Rechts“ nimmt mehr und mehr totalitäre Züge an. Wenn zwei Chefs von Verfassungsschutzeinheiten gegen eine Partei und gegen das Volk holzen, dann geraten wir immer weiter weg von demokratischen Verhältnissen hin zu einer Staatsform, in der über die Köpfe der Menschen hinweg regiert wird. Der historischen Vorbilder für ein derartiges Vorgehen sind viele. Da kommt man nicht nur ins Grübeln, son-

dern ins Gruseln. Der „demokratische Block“ ist verzweifelt, dass er mit seinen Lebenslügen nicht mehr durchkommt. Die Probleme werden aus der Welt gelogen, aber angesichts der verschlechterten Lebensbedingungen wissen die Menschen, wer die Ursachen dafür gesetzt hat und weiter setzt. Die Politik hat dem Volk den Krieg erklärt und verarmt es bewusst, u.a. durch eine zerstörerische Energiepolitik. Und wer sich wehrt, wird auch noch zur Krönung von Herr Kramer aus Thüringen zu Abschaum erklärt: „Wir sind bei ungefähr 20 Prozent braunem Bodensatz in der Bundesrepublik“, sagte Kramer dem Sender NDR Info.

Die Krönung des Antidemokratischen hat nun ein Führungsmitarbeiter des Mitteldeutschen Rundfunks geliefert, Michael Voß fordert nach der Landratswahl: „Boykottiert den Landkreis Sonneberg! Schützt die Demokratie und boykottiert den Landkreis Sonneberg im Tourismus, in der Wirtschaft und auf allen Ebenen“, schrieb Michael Voß auf Twitter. „Es darf später nicht wieder heißen, man habe es nicht gewusst.“ Sippenhaftung wie ab 1933. Nicht nur die Wähler des Landrats soll es treffen, sondern alle Bürger. Die Masken fallen. Der Gebührenboykott ist das Einzige, was dagegen hilft. Solange dieser Vogel noch beim MDR arbeitet, solange der nicht endgültig weg ist, sollte jeder sich der Zahlung der Zwangsgebühren verweigern. Es darf dann später nicht wieder heißen, man habe es nicht gewusst, wer hier im MDR mit welchen Methoden agiert. **Axel Fachtan**

Windräder zerstören unsere Natur

Sehr geehrter Herr Hauke, zu Ihrem äußerst informativen Beitrag „Die Lüge von den klimafreundlichen Windrädern“ in der Ausgabe Nr. 13/23 möchte ich gern noch folgende negative Faktoren hinzufügen:

1. Da wäre zum einen der Infraschall, der für die Anwohner in der Nähe von Windrädern auf die Dauer gesundheitsschädigend ist. Durch Aufhebung der 1000-Meter-Abstandsregel wird dies in den Siedlungsbereichen noch gravierender zu spüren sein.
2. Dazu kommt die Tatsache, dass in den Rotorblättern große Mengen an Tropenholz (Balsaholz) enthalten sind, und die Regenwälder dafür erhalten müssen. In einem Rotorblatt stecken ca. 50 Bäume!
3. Durch die Rotoren der Windenergieanlagen werden jedes Jahr eine Vielzahl

von Vögeln und Fledermäusen regelrecht geschreddert. Das kann zum Aussterben bestimmter Populationen führen. 4. Ein großes Problem ist, dass die Windräder nach ca. 20 Jahren ausgedient haben. Wie sie dann umweltfreundlich entsorgt werden, darüber hat man sich bisher noch kaum Gedanken gemacht. Sie werden gegenwärtig auf Sondermülldeponien entsorgt, da sie nicht verrotten. Und wenn der Betonsockel dann an Ort und Stelle verbleibt, wird so immer mehr Bodenfläche versiegelt.

„Klimafreundlichkeit“ sieht für mich anders aus, wobei ich die Auffassung vertrete, dass man das Klima nicht beeinflussen kann, aber unsere Natur. Und die muss geschützt werden!

Eva Kühnert

Maskenverbrennung der Bundesregierung

Sehr geehrter Herr Lauterbach, anbei übersende ich Ihnen ein paar Masken zur Verbrennung. Ich habe diese aus der Natur aufgesammelt und den größten Teil über meinen Hausmüll entsorgt. Bitte legen Sie diese Masken zu den 755 Millionen Masken, die verbrannt werden sollen. Es sind Masken, die Sie aus Steuergeldern finanziert haben; es sind Masken, an denen einige wenige Politiker und Unternehmer Millionen von Euro verdient haben; es sind Masken, die keinen wirklichen Nutzen hatten, außer vielleicht unter Laborbedingungen, sondern im Gegenteil tausenden Menschen physischen und psychischen Schaden zugefügt haben; es sind Masken, für deren Ablehnung noch immer Bürger unseres Landes von staatlichen Behörden verfolgt werden; es sind Masken, die unsere Gesellschaft tief gespalten haben. Sehr geehrter Herr Minister, bitten nehmen Sie diese Maskenverbrennung zum Anlass, vor die Öffentlichkeit zu treten, sich für die letzten drei Jahre zu entschuldigen und eine offene und ehrliche Aufarbeitung der Corona-Maßnahmen einzuleiten. **Horst-Uwe Killa**

Nebenwirkungen von Impfstoffen

Die Landtagsabgeordnete Christine Wernicke (BVB/Freie Wähler) wollte die zahlreichen Fragen in der Bevölkerung nach den Nebenwirkungen von Impfstoffen nicht unbeantwortet lassen. Doch in einer ersten Anfrage waren diese nur unzureichend beantwortet worden. Klar wurde jedoch schon damals: Die Zahl der Impfnebenwirkungen war im Rahmen der Corona-Impf-Kampagne steil nach oben geschneilt. Von sieben Verdachtsfällen in 2020 auf 93 im Jahr 2021. Im Jahr 2022 waren es dann 70 Verdachtsfälle. In einer Übersichtstabelle (Tabelle 1 in Drucksache 7/7490) wird der Anstieg der Verdachtsfallmeldungen von Impfkomplicationen nach dem Infektionsschutzgesetz in den Jahren 2021 und 2022 im Land Brandenburg im Vergleich zu den Vorjahren seit 2012 dargestellt. Dieser Anstieg wird hauptsächlich auf die Einführung der neuartigen Corona-Impfstoffe zurückgeführt. Doch die Landesregierung beantwortete nicht, wie sich die Nebenwirkungen äußern. Wernicke hakte daher mit einer zweiten Anfrage nach.

Gesundheitsministerin Nonnemacher (Grüne) teilte im Namen der Landesre-

gierung nun mit, welche Impfkomplicationen nach dem Infektionsschutzgesetz (IfSG) im Land Brandenburg zwischen 2012 und 2022 genannt wurden. Besorgniserregend ist die hohe Anzahl an Impfnebenwirkungen bzw. Verdachtsdiagnosen, die im Zusammenhang mit mRNA-Impfstoffen gegen Covid-19 stehen. Insbesondere der Impfstoff Comirnaty (BioNTech/Pfizer) wird mit 130 leichten bis schwerwiegenden Impfnebenwirkungen genannt. Gefolgt wird BioNTech von Spikevax (Moderna) mit 37 leichten bis schwerwiegenden Impfnebenwirkungen. Im Vergleich dazu melden Geimpfte bei klassischen Impfstoffen deutlich weniger Impfnebenwirkungen. Etwa bei Pneumovax23 gegen Pneumokokken (15 Impfnebenwirkungen), Boostrix gegen Diphtherie, Tetanus und Pertussis (11 Impfnebenwirkungen) und Infanrix hexa gegen Diphtherie, Tetanus, Pertussis, Polio, Haemophilus influenzae Typ b, Hepatitis B (11 Impfnebenwirkungen).

Allerdings verschweigt das Gesundheitsministerium weiterhin, wie oft welche Nebenwirkungen bei welchem Impfstoff gemeldet wurden. Die Häufigkeit der Nebenwirkungen im Verhältnis zur Zahl der Anwendungen lässt sich so nicht ermitteln. Dennoch wird aus der Antwort der Landesregierung klar: Der Anstieg der Verdachtsdiagnosen von Impfkomplicationen/Impfnebenwirkungen im Land Brandenburg ab 2021 ist klar auf die mRNA-Impfstoffe gegen Covid-19 zurückzuführen. Christine Wernicke hierzu: „Ich betrachte die übermittelten Daten mit großer Sorge und hoffe, dass alle Betroffenen eine gute medizinische Versorgung erhalten.“

Die BVB/Freie Wähler-Fraktion sieht sich zudem in ihrer Position bestärkt, bei der Impfung auf Zwang zu verzichten und auf Freiwilligkeit zu setzen. „Wir waren stets dafür, dass das Land möglichst unkomplizierte Impfangebote anbietet. Doch alle Bürger haben das Recht, für sich selbst zu entscheiden, ob sie sich impfen lassen oder nicht. Politik und Regierung müssen als Grundlage dieser Entscheidung verlässliche Informationen liefern statt ideologisches Wunschdenken. Die Behauptungen des heutigen Bundesgesundheitsministers Karl Lauterbach, die Corona-Impfungen hätten keine Nebenwirkungen, waren unverantwortlich.“, so Wernicke.

Fraktion BVB/Freie Wähler im Landtag Brandenburg

Richtungsweisendes Verfahren gegen die Desinformation

Am 11. Juli fand in München die zweite Instanz eines richtungsweisenden Prozesses gegen die Rundfunkbeitragspflicht statt, den die Bürgerinitiative „Leuchtturm ARD“ gemeinsam mit dem Rechtsanwalt Friedemann Willemer vor dem Bayerischen Verwaltungsgerichtshof in zweiter Instanz führt. Dem Gericht liegt ein Gutachten von Prof. Michael Meyen, Institut für Kommunikationswissenschaften der LMU München, vor, der die Einseitigkeit und Unausgewogenheit des öffentlichen Rundfunks untersucht hat. Die eklatanten und systemischen Verletzungen des Medienstaatsvertrages haben eine verheerende Wirkung auf die öffentliche Meinungsbildung und beschädigen die demokratische Entwicklung nach-

Leserkarikatur von Siegfried Biener



haltig. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk hat die Meinungsäußerungsfreiheit durch Meinungsvielfalt zu schützen. Das ist das Lebenselixier einer Demokratie, so urteilt das Bundesverfassungsgericht in ständiger Rechtsprechung. Nur ein der Vielfaltsicherung dienendes Programm ist der individuelle Vorteil, der einen Rundfunkbeitrag rechtfertigt (Bundesverfassungsgericht, Beschluss vom 24. April 2023, Aktenzeichen 1 BvR 601/23).

Globale westliche Interessen haben die demokratische Mitbestimmung unserer Gesellschaften gezielt beeinflusst mit der Hilfe von willfährigen und verantwortungslosen Leitmedien.

Dass diese Manipulationen im Laufe der Jahrzehnte bis zum öffentlichen Rundfunk vorgedrungen ist, hat die Glaubwürdigkeit des Mediums und das Vertrauen in seine Unabhängigkeit zunehmend zerstört.

Für jeden Bürger sichtbar, verkommt der öffentliche Rundfunk zu einem Sprachrohr der nationalen und internationalen regierungspolitischen Agenda, die im 21. Jahrhundert immer noch die Kriegstreiberei befördert und gewalttätigen Lösungen für internationale Konflikte den Vorrang gibt.

Die demokratische Weltgemeinschaft schämt sich zutiefst für diese degenerierte Kaste an Handlangern in Politik und Medien, die das Wohl der Menschheitsfamilie rücksichtslos aufs Spiel setzen. Die geostrategischen Hintergründe der internationalen Konflikte, die heute jeder verantwortungsvolle Bürger im Internet recherchieren kann, werden von inkompetenten oder ignoranten Redakteuren verschwiegen, um die menschenverachtenden Ziele der westlichen Interessen leichter durchsetzen zu können. Wir stehen nun alle vor einem grundsätzlichen Scheideweg bei der Frage, ob wir die einseitige Desinformation in den Leitmedien weiter zulassen oder mit einer breiten Allianz dagegen vorgehen.

Nur eine aufgeklärte Bevölkerung kann die Kraft entwickeln, die notwendigen demokratischen Gestaltungsspielräume einzufordern. Es ist unsere Pflicht als aufgeklärte Minderheit, den gemeinschaftlichen Gedanken vor das Eigeninteresse zu stellen und eine Allianz zu bilden, die hörbar und sichtbar gegen das Unrecht aufsteht.

Die Medien sind der Schlüssel, um die Mehrheit aus ihrer Desinformation zu führen.

Die Zeitenwende, für die wir uns nun einsetzen müssen, können wir nur gemeinsam erreichen.

Deshalb arbeitet die Bürgerinitiative „Leuchtturm ARD“ seit 18 Monaten unermüdlich auf allen Ebenen, um in einer gemeinsamen Anstrengung den Journalismus und damit die Vierte Säule der Gewaltenteilung zu seiner Verantwortung zu rufen.

- Wir sind Befürworter des Systems des öffentlichen Rundfunks als Institution der politischen und kulturellen Orientierung, die unsere demokratische Zukunft sichern soll.

- Wir organisieren einen legalen Zahlungsstopp des Rundfunkbeitrags, um auf den eklatanten Missbrauch des ÖRR durch seine einseitige und desinformierende Berichterstattung hinzuweisen.

- Wir führen bundesweit Hunderte Prozesse vor den Verwaltungsgerichten gegen diesen Missbrauch.

- Wir fordern den gesamten Berufsstand der Journalisten seit 52 Wochen zum Dialog auf Augenhöhe, um einen demokratischen Diskurs über die heute existierenden parallelen Medienwelten zu führen.

- Wir kooperieren mit der Whistleblower-Plattform meinungsvielfalt.jetzt, die den unzufriedenen Beschäftigten der Redaktionen ein Sprachrohr verleiht.

- Wir kooperieren mit buergerfunk.news, die in der Praxis erarbeitet, was wir von mutigem und ausgewogenem Journalismus erwarten.

- Wir kooperieren mit vielen Initiativen in Österreich und mit medienboykott.ch in der Schweiz, um international auf das Problem einer einseitig beeinflussten Lückenpresse hinzuweisen, die jedes westliche Land in eine mediale Gefangenschaft geführt hat.

Wir rufen alle Medienschaffenden aller westlichen Länder auf, ihre Feigheit abzulegen und die Grundsätze des Pressekodex unter ihr Kopfkissen zu legen.

Wir rufen die gesamte konstruktive Opposition dazu auf, die Aktionen und Inhalte ihrer außerparlamentarischen und innerparlamentarischen Initiativen mit unserem länderübergreifenden Medien-Dialog-Angebot zu verbinden. Dieses Gesprächsangebot soll die Vielfalt unserer Bewegungen sichtbar machen, die kreativen Gestaltungsräume unserer demokratischen Zukunft in den Vordergrund der Diskussion stellen und das Zeitalter der Heuchelei endgültig beenden.

Unsere Menschheitsfamilie ist kreativ, sozial und friedliebend. Wir lassen sie nicht länger von einseitigen globalen Interessen unterdrücken. Die Corona-Krise hat uns erwachsen werden lassen, und wir werden diese Krise nun als unsere Chance begreifen, der Zukunft unserer Gesellschaften eine neue Orientierung zu geben.

Mitmachen beim *Medien Dialog Angebot*: info@leuchtturmARD.de oder +49-151-50552062, Jimmy Gerum, www.LeuchtturmARD.de **Jimmy Gerum**

Aufarbeitung, auch wenn sie wehtut!

Die Politiker reden nicht gern vom „PostVacc-Syndrom“, sondern haben offensichtlich alle das dringende Bedürfnis, im gleichen Atemzug von „Long Covid“ zu sprechen. Liebe Politiker, liebe Humankollegen: Was meinen Sie mit „Long Covid“? Ist es nicht so, dass jemand zunächst einmal „Covid“ gehabt haben muss, um später an „Long Covid“ leiden zu können? Und nun wird es interessant: Wie wurde denn festgestellt, dass die betroffene Person „Covid“ hatte? Es reichte in der Pandemie vollkommen aus, einen positiven PCR-Test zu haben, um als Covid-Patient zu gelten. Simpelste medizinische Grundsätze der Diagnostik waren schlagartig obsolet, es wurden keine Differentialdiagnosen gestellt, man musste nicht einmal Symptome einer Atemwegserkrankung – oder überhaupt einer Erkrankung – haben. Der PCR-Test wurde und wird vollkommen willkürlich und unstandardisiert angewandt – und er ist nicht dafür geeignet, diese angeblich neue Krankheit namens Covid nachzuweisen.

Allen, die den Begriff des „Long Covid“

so inflationär anwenden, stünde endlich ein wenig Ehrlichkeit an: So gibt selbst das RKI zu, dass dieses Krankheitsbild gar nicht definiert ist, Zitat: „Ein wesentlicher Grund für die bislang fehlenden systematischen Vollerfassungen von Long Covid – nicht nur in Deutschland – ist die Besonderheit von Long Covid, für das sich kein einheitliches Krankheitsbild abgrenzen lässt.“ Jedes gesundheitliche Leiden bei einem Menschen, der irgendwann einmal einen positiven PCR-Test gehabt hat, ist nun plötzlich „Long Covid“ – echt jetzt?

Wie viele der „Long Covid-Patienten“ sind denn nicht geimpft? Interessanterweise wird dies beim RKI gar nicht erfasst – ein Schelm, der Böses dabei denkt... Liebe Politiker, liebe Medien, liebe Mitbürger – gestehen wir uns ein, dass in der „Corona-Krise“ etwas ganz gewaltig schief gelaufen ist. Kümmern wir uns um die Folgen, helfen wir den Betroffenen – ich kann mein Mitgefühl für all diese Schicksale nicht in Worte fassen. Aber vergessen wir dabei eines nicht: uns endlich schonungslos damit zu befassen, warum es überhaupt so weit kommen konnte. Denn eines ist sicher: Weigern wir uns hier, aus der Geschichte zu lernen, wird vermeidbares Leid erneut unvermeidbar. Stellen wir uns der gründlichen Aufarbeitung, auch wenn sie wehtut! „Aus der Geschichte lernen? So ein Volk es tut, geht es ohne Schmerz nicht ab!“ (Willy Brandt)

Dr. med. vet. Imke Querengässer

Blamabel und beschämend

Im abgelichteten Wahnsinn des Rundfunks betrachtet, fühlt man sich doch längst wie in einer Zeitschleife gefangen. Und auch irgendwie verarscht. Mit ständigen Wiederholungen, die zwar Anfang, aber kein Ende kennen. Mit einem Verblödungsprogramm vom Feinsten! Das auch weder Scham noch Peinlichkeit kennt. Mit Serien, so alt wie Methusalem. Und die auch schon damals unerträglich waren! Und in Dauerschleife gefühlt, bereits schon zehn Jahre laufen! Programm ausfüllend! Und mich deshalb auch bereits schon zum Würgen bringen. Genauso wie die Koch-Back-Quiz-Bares-und-Rares-Sendungen, die vielen Spiel- und Deutschland sucht...-Shows, und natürlich auch der ganze andere Dreck. Und auch ständig „neu“ – mit Bohlen, Heidi oder Guido – im Zeitablauf gleich bleibend, als unsere Lebensbegleiter. Von denen ich aber endlich geschieden werden möchte. Auch von unnützen Sendern, die ihrer Ideenlosigkeit wegen, doch eigentlich schon längst abgeschaltet gehören. Die wir aber mit unseren Gebühren finanzieren müssen! Den Intendanten ein Luxusleben schenkend! Die aber der Flamme der Special Olympics World Games, in Hoffnung auf Inklusion, aber weder Anerkennung, Bewunderung noch Interesse gaben. Wobei ich die tägliche Tageszusammenfassung, die es auf sage und schreibe ganze 60 Sekunden (!) gebracht hatte, hierbei aber nicht unterschlagen möchte. Blamabel und beschämend zugleich! Und die

damit ihrem wirklichen Denken, Öffentlichkeit und Ehrlichkeit schenken! Mit der Bitte versehen, als Sender nun auch von uns ausgeblendet zu werden. Der Spareffekt wäre jedenfalls enorm. Und unserem Klima auch schon lange schuldig!

B. Ringk

Linke zeigt sich kämpferisch

Die Kreistagsfraktion der LINKEN in Oder-Spree traf sich am 8. Juli zur Sommer-Klausur. In der mehr als sechsstündigen Beratung gab die aus Müncheberg im Nachbarlandkreis MOL angereiste dortige Bürgermeisterin Dr. Uta Barkusky, die seit Januar 2009 als LINKE im Amt ist und 2016 im ersten Wahlgang wiedergewählt wurde, einen Einblick in Kommunalpolitik aus Verwaltungssicht. Die Ansichten sind so weit nicht auseinander, es geht um Problemlösung und Weiterentwicklung der jeweiligen Kommune. Dass eine Bürgermeisterin da nicht immer glücklich über andere Auffassungen der Stadtverordneten ist, überrascht sicherlich ebenso wenig wie die Auffassung der Kreistagsfraktion der LINKEN in Oder-Spree, dass die Kreisverwaltung nicht immer richtig reagiert. Ein Beispiel war schnell gefunden, es ist ein Unding, das eine Turnhalle für die Unterbringung von Flüchtlingen bereitgestellt werden soll, ohne die Schulleitung einzubeziehen oder wenigstens rechtzeitig zu informieren. Auch an den Problemen des zu teuren Schulessens oder der strittigen Probleme der Schülerbeförderung will man dranbleiben. Und nachdem der scheidende Landrat Lindemann jüngst den Fehler eingestanden hat, bei den Hausmeisterstellen an Schulen zu stark gekürzt zu haben, will man das aufgreifen und einen Antrag zur nächsten Kreistagssitzung einbringen, dass im kommenden Landkreis-Haushalt 2024 entsprechende Vollzeitstellen für Hausmeister oder Hausmeisterinnen an allen Schulen in Trägerschaft des Landkreises eingerichtet werden.

Den Streit der LINKEN auf Bundesebene sieht die Kreistagsfraktion der LINKEN in Oder-Spree sehr kritisch. Man sei da eher auf der Seite derjenigen, die Waffenstillstand, Verhandlungslösungen und keine weiteren Waffenlieferungen im Ukraine-Krieg fordern. Zerstörung, Tod und Elend müssen gestoppt werden. So die Bundes-LINKE sich bis zur Kommunalwahl im Juni 2024 nicht völlig zerstreitet, will die Mehrheit der jetzigen Fraktion sich erneut in Oder-Spree als linke Alternative zur Wahl stellen, läßt aber auch insbesondere nachwachsende Generationen ein, bei der Gestaltung eines Landkreises Oder-Spree, mit modernen Schulen, ausreichend Kita-Plätzen, pünktlichen Bussen, befahrbaren Radwegen und bürgernaher Verwaltung mitzuwirken.

Dr. Artur Pech, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE im Kreistag

Hetzen, hetzen – bis zum Untergang

Wir leben bekanntlich im besten Deutschland, das wir je hatten – sagt uns unser Bundes-Teddy im Bellevue. Und in seinem Deutschland sind alle Bürger hochzufrieden über die kluge Politik der klügsten Regierung Europas. Leider scheren einige Bürger, vornehmlich in Ostdeutschland, aus dieser Gemeinschaft

Grundgesetz Artikel 5 (1)

„Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt.“

Jeder hat das Recht, einen Leserbrief zu schreiben: info@hauke-verlag.de

der Hochzufriedenen aus. Undankbares „Pack“ (Gabriel, SPD) eben. Und einer, der es als führender Widerständler – der er nie war – wissen muss, erklärt seine Ex-Landsleute als wohnhaft in „Dunkeldeutschland“. Von unseren zwangsgebührenfinanzierten Staatskabarettisten – beispielhaft der Goebbels-Epigone Böhmermann – verleumdete Personen oder Personengruppen fallen selbstverständlich unter „Meinungsfreiheit“. Oder könnte hier Hetze vorliegen? Im Strafgesetzbuch (StGB) § 130 Volksverhetzung heißt es doch: „(1) Wer in einer Weise, die geeignet ist, den öffentlichen Frieden zu stören,

1. gegen eine nationale, rassische, religiöse oder durch ihre ethnische Herkunft bestimmte Gruppe, gegen Teile der Bevölkerung oder gegen einen Einzelnen wegen dessen Zugehörigkeit zu einer vorbezeichneten Gruppe oder zu einem Teil der Bevölkerung zum Hass aufstachelt, zu Gewalt- oder Willkürmaßnahmen auffordert oder

2. die Menschenwürde anderer dadurch angreift, dass er eine vorbezeichnete Gruppe, Teile der Bevölkerung oder einen Einzelnen wegen dessen Zugehörigkeit zu einer vorbezeichneten Gruppe oder zu einem Teil der Bevölkerung beschimpft, böswillig verächtlich macht oder verleumdet, wird mit Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren bestraft.“

Zum Glück – für unsere Politiker – weiß aber unsere „unabhängige“ Justiz, wer als Hetzer zu bestrafen ist. Keinesfalls die „Guten“ wie einen Wanderwitz (ehemals Ostbeauftragter) oder eine Ataman („Diskriminierungsbeauftragte“, für die Deutschen „Kartoffeln“ sind) oder ein Thüringer Verfassungsschutzpräsident Kramer, der Menschen als „braunen Bodensatz einer Gesellschaft“ betitelt (gut für ihn, dass er auch ohne notwendige Qualifikation, aber mit dem „richtigen“ Parteibuch ins Amt gekommen ist) . . . Die Liste ließe sich beliebig fortsetzen. Aber für unsere lupenreinen „Demokraten“ sind Hetzer – gern auch „Querdenker“, „Schwurbler“, „Rechtspopulisten“ – die undankbaren Kritiker ungemein hilfreicher Anti-Corona-Maßnahmen, die Zweifler am Genie eines Habeck oder schlicht Bürger, welche ihre Steuern lieber in Infrastruktur, Bildung, Rentenkassen statt in ungebremste Migration fließen sehen möchten.

Dennoch: trotz dieser moralischen Dauerermahnung (oder auch Diffamierung) wollen die Ostdeutschen immer weniger parieren; äh, willige „Demokraten“ sein. Und wählen bzw. wollen die „böse“ Partei namens AfD wählen. Es gleicht einem Wettlauf – je offensiver die Hetze gegenüber den Ostdeutschen, desto höher steigen im Osten die Prognosezahlen für die AfD.

Dem muss abgeholfen werden, dachten sich unsere gutdotierten Staatsdemagogen. Und lancierten eine „wissenschaftliche“ („DIE Wissenschaft“ hat bekanntlich immer recht) Untersuchung über den „bösen Rechtsextremismus“ in Ostdeutschland. Diese bestellte Studie wurde kürzlich vom MDR (auch ein „Heimatsender“) unter dem Titel „Autoritäre Dynamiken und die Unzufriedenheit mit der Demokratie. Die rechtsextreme Einstellung in den ostdeutschen Bundesländern“ vorgestellt. Verantwortlich für dieses Machwerk ist wieder einmal Oliver Decker, welcher – natürlich – aus dem Westen kommt und hier (vermutlich mit Förderung) in Leipzig sein Institut gegründet hat, mit dem er jetzt die gefährliche ostdeutsche Spe-

zies erforscht. Nebenbei, es ist nicht sein erster Staatsauftrag. Die Ergebnisse der Studie lassen sich zusammenfassen: Wie bestellt, so geliefert. Um die Ergebnisse einordnen zu können, ist ein Blick auf die Befragungsmethodik hilfreich. Es war eine geschlossene Befragung; heißt, ausschließlich auf vorgegebene Antwortmuster musste reagiert werden. Hier einige Beispiele (die gesamte Befragung ist im Internet abrufbar):

1. „Was Deutschland jetzt braucht, ist eine starke Partei, die die Volksgemeinschaft insgesamt verkörpert.“ Mit dem Begriff „Volksgemeinschaft“ wird schon die Nähe zum NS-Regime assoziiert.

2. „Wir sollten endlich wieder mehr Mut zu einem starken Nationalgefühl haben.“ Bei uns als Hetze deklariert, in USA, Frankreich etc. okay!

3. „Was unser Land heute braucht, ist ein hartes und energisches Durchsetzen deutscher Interessen gegenüber dem Ausland.“ Klar, „America first“ à la Trump oder Biden ist okay, aber wir sind ja Diener der ganzen Welt.

4. „Das oberste Ziel deutscher Politik sollte es sein, Deutschland die Macht und Geltung zu verschaffen, die ihm zusteht.“ Hallo, hat nicht ein Herr Klingbeil in das gleiche Horn gestoßen? Die Teilnehmer dieser „Studie“ haben sich – entgeltlich oder unentgeltlich – von diesen „Staatswissenschaftlern“ aus meiner Sicht vorführen lassen. Interessant ist die Frage, ob die gleiche Befragung im Westen zu anderen Ergebnissen geführt hätte. Leider bleibt diese Frage unbeantwortet. Aber es bleibt zu hoffen, dass das Ziel dieser Studie – Ostdeutsche „böswillig verächtlich zu machen“ (s. Strafgesetzbuch) – die Ostdeutschen letztlich enger zusammenführt. Wehren wir uns gegen diese Hetzer im Staatsdienst.

Klaus Dittrich

Den Dingen selbst auf den Grund gehen

Sehr geehrter Herr Hauke, schon in den 1820er Jahren hat der Schweizer Chemiker Nicolas de Saussure in der Nähe von Genf hunderte Messungen des CO₂-Gehalts der Luft ausgeführt. Dazu benötigt man keine komplizierten Messgeräte, sondern nur verschiedene Chemikalien und Fachwissen. Das Messprinzip hat sich bis heute kaum verändert. Die damaligen Messungen ergaben einen durchschnittlichen CO₂-Gehalt der Luft von 0,0415%, also etwa die Menge, die auch heute noch gemessen wird. Der gerne zitierte Referenzwert für den früheren CO₂-Gehalt (ca. 0,0280%) ist hingegen kein Messergebnis, sondern eine vage Hochrechnung aus vielen unterschiedlichen Schätzungen und entsprechend fehlerhaft. Für Klimapaniker ist er natürlich attraktiver, denn (nur) damit lässt sich ein dramatischer Anstieg behaupten, den es seit de Saussures Messungen vor 200 Jahren vermutlich gar nicht gab. Regelmäßige CO₂-Messungen gibt es erst wieder seit den 1950er Jahren und sie liegen seitdem regelmäßig im Bereich, den schon de Saussure ermittelt hatte. Natürlich ist der industrielle CO₂-Ausstoß inzwischen stark angestiegen. Aber parallel zum größeren Angebot steigt selbstverständlich auch die CO₂-Aufnahme durch das Ökosystem, in so genannten CO₂-Senken und durch die pflanzliche Photosynthese. Betrachten wir die Dinosaurierzeit, eine Zeit des prallen Lebens, hat sich der CO₂-Gehalt seitdem

auf nur noch ein Zehntel verringert. Es gibt also sehr viel Luft nach oben. CO₂ ist das Hauptnahrungsmittel der Pflanzen und damit die Grundlage allen höheren Lebens einschließlich des Menschen. Würde der CO₂-Gehalt der Luft auf einen Wert deutlich unter 0,025% fallen, käme das Pflanzenwachstum zum Erliegen, wir müssten verhungern. Stiege die CO₂-Konzentration auf Werte um 0,1%, würde sich das Pflanzenwachstum verdoppeln – paradiesische Zustände, keine „Gefahr“, für das irdische Leben!

Während ohne Beweis und entgegen den Tatsachen, nur anhand willkürlicher „Modellrechnungen“ immer wieder hartnäckig behauptet wird, dass der CO₂-Anstieg die Hauptursache für die Klimaerwärmung sei, deuten zahlreiche aktuelle Forschungen darauf hin, dass eher das Gegenteil der Fall ist: Der CO₂-Gehalt der Luft folgt (in großem zeitlichem Abstand) der Erderwärmung und nicht umgekehrt. Wenn es wärmer wird, setzen z.B. die Ozeane mehr gebundenes CO₂ frei. Das können Sie zuhause selbst ausprobieren. Öffnen Sie einfach eine Flasche Mineralwasser und verteilen Sie den Inhalt auf zwei Gläser. Das eine stellen Sie in den Kühlschrank, das andere erwärmen Sie in der Mikrowelle. Dann machen Sie die Geschmacksprobe: Das zuvor erwärmte Mineralwasser wird deutlich weniger prickeln als das gekühlte, denn es hat mehr CO₂ an die Luft abgegeben. So läuft es auch im Großen, nur viel langsamer. In den Weltmeeren sind gewaltige CO₂-Mengen gespeichert. Wenn es wärmer wird, wird ein Teil davon an die Luft abgegeben, deren CO₂-Gehalt steigt, und die Pflanzen wachsen besser. Es bleibt also nicht dauerhaft in der Luft. Natürlich gibt es daneben auch den Effekt der Wärmeabsorption durch CO₂. Ein Glück, denn sonst läge die Temperatur auf unserer Erde dauerhaft im Frostbereich. Diese Absorption ist jedoch nichtlinear, d.h. sie erreicht eine Sättigung, von der an keine weitere Temperaturzunahme mehr stattfindet. Dieser Sättigungswert ist bei den aktuellen geringen CO₂-Konzentrationen bereits fast erreicht, eine dramatische Erhitzung durch mehr CO₂ ist physikalisch unmöglich. Die zweifellos stattfindende moderate Klimaerwärmung hat andere Ursachen, die wir nicht beeinflussen können – und auch nicht müssen, weil sie uns eher nützt als schadet.

Warum wird angesichts dieser auf Naturgesetzen beruhenden Tatsachen trotzdem auf allen Kanälen solche Panik verbreitet? Die Antwort ist einfach: Weil ein gigantisches Geschäft dahinter steckt! Und weil die Verursacher uns für zu dumm halten, diesen Schwindel zu durchschauen! Wer kennt schon Nicolas de Saussure, wer befasst sich schon mit Physik und Naturgesetzen? Manchmal, eigentlich immer, lohnt es sich aber, den Dingen selbst auf den Grund zu gehen, statt sich etwas erzählen zu lassen. So auch hier.

In alten Märchen träumen gierige Herrscher davon, das Atmen, die Luft zu besteuern. Das geht meistens schief. Heute haben wir die Luftsteuer (in Form der CO₂-Bepreisung usw.) im realen Leben. Das alte Wirtschaftsmodell, das noch in den 1950er Jahren für ein Wirtschaftswunder sorgte, für ein richtiges, kein Scholz'sches „Wunder“, hat sich seither stark verändert. Während sich damals in einem innovativen Konkurrenzkampf das beste Produkt durchgesetzt und seinen Hersteller reich gemacht hat, führt die heute vorherrschende extreme Kapitalkonzentration in sehr wenigen Händen dazu, dass kein wirklicher Wettbewerb

mehr stattfindet. Den ultrareichen Kapitalbesitzern fällt es immer schwerer, profitable Anlagemöglichkeiten zu finden, die sie aber unbedingt brauchen, weil ihr perverser Reichtum sonst schrumpfen würde. Kriege und Staatsschulden sind und waren solche Anlagemöglichkeiten, doch auch dieses Modell erschöpft sich. Statt echte Bedürfnisse mit sinnvollen Produkten zu befriedigen gehen die Milliarden deshalb dazu über, die Menschen zum Kauf ihrer Waren zu zwingen. Und weil das natürlich nicht so einfach und nicht ohne Hilfe des Staates funktionieren kann, werden immer neue „Bedrohungen“ erfunden, vor denen man sich angeblich schützen muss. Corona war ein gutes Beispiel dafür. Statt Menschen durch Argumente zu überzeugen, wurden sie einfach in Panik vor einer Krankheit versetzt, wurden sie mehr oder weniger dazu gezwungen, überteuerte, gefährliche Medikamente zu akzeptieren, ihre Einkäufe bei Amazon statt im Laden um die Ecke zu erledigen und eine gigantische Umverteilung von Steuergeldern an wenige Konzerne und Vermögensverwalter wie BlackRock zuzulassen. Das ist der Kern des „Great Reset“ des WEF: statt Freiheit wird Zwang eingeführt, in allen Lebensbereichen, auch im ganz Privaten. Zwang zugunsten der wenigen Milliarden, die schon heute viel zu viel Reichtum und Macht haben.

Um Zwang ausüben zu können, muss man die Kernbereiche des menschlichen Lebens kontrollieren. Das sind vor allem die Energieversorgung, Wasser, Ernährung, Gesundheit, Kommunikation und Wohnen. Die Klima-Agenda berührt all diese Themen. Was im Energiebereich passiert, erleben wir gerade hautnah. Die Diskussion über Fleischverbote nimmt auch Fahrt auf. Zukünftig sollen wir Insekten und Kunst„fleisch“ aus der Fabrik fressen (als Essen kann man das nicht bezeichnen). Google-Gründer Brin hat Hunderte Millionen Dollar in Kunst„fleisch“fabriken in Holland investiert. Die sehr umweltschädliche Produktion basiert auf sogenannten unsterblichen Zellen. Das Ergebnis sind fleischartige Wucherungen aus der Retorte, die Krebsgeschwüren nicht unähnlich sind. So etwas kauft natürlich niemand freiwillig. Deshalb sorgte der Agent der Ultrareichen und „Young Global Leader“ des WEF, Noch-Regierungschef Rutte, mit Schützenhilfe der korrupten EU dafür, dass echtes Fleisch knapp und unerschwinglich teuer wird. 3.000 Landwirte sollen deswegen zur Aufgabe gezwungen und enteignet werden. Angeblich, weil Tierhaltung zu viel Stickstoff verursacht. Stickstoff ist mit 78% das häufigste Element in unserer Luft. Die Bauern wehren sich verzweifelt, eine Chance haben sie nicht. Die Investition des Google-Milliardärs muss profitabel werden. Mark Rutte wird sie retten, genau wie seinerzeit ein anderer Schützling des WEF, Angela Merkel, deutsche und französische Großbanken rettete, die sich in ihrer Gier verlockt hatten. Uns wurde das als „Griechenland“ bzw. „Euro-Rettung“ verkauft. Um das Kapital des Google-Milliardärs zu retten, darf es kein echtes Fleisch mehr geben, damit die Menschen sein Ekel„fleisch“ kaufen müssen. Es ist keine Überraschung, dass auch William („Bill“) Gates in diese Scheußlichkeit investiert hat. Gesundheit, Umwelt und Klima sind völlig egal. Und das ist nur ein Beispiel von vielen.

Dass die Habeck'sche Zwangsanierung der deutschen Häuser und Wohnungen ein 500-Milliarden-Euro-Geschäft ist, hat sich bereits herumgesprochen. Auch

diese staatlich erzwungene Abzockerei zugunsten ultrareicher „Investoren“ wie BlackRock wird von der korrupten EU unterstützt. Die ungewählte EU-Chefin von der Leyen sitzt im Kuratorium des Milliardärsklubs WEF, BlackRock in seinem Vorstand, deutsche Spitzenpolitiker wie Baerbock wurden dort geschult. Das sind mafiose Zustände. Damit es keinen Protest gibt, wird streng zensiert. „Politisch korrekte Sprache“ ist ein Mittel dazu. Man darf nicht mehr sagen, was ist. Die WHO plant nach Corona-Vorbild massenhafte Zwangsimpfungen, weil aufgrund des Klimawandels neue Krankheiten auf dem Vormarsch seien. Und erste Grünen-Politiker rufen zur Wasserrationierung auf. Zwang statt Freiheit, wohin man schaut! Wie schon bei Energie, Ernährung, Gesundheit und allem anderen ist natürlich auch hierbei „das Klima“ der Vorwand. Kontrolliert wird das alles mit digitaler Identität und digitalem Zentralbankgeld. Ein brüllendes Geschäft für wenige und eine düstere Zukunft für alle anderen. Höchste Zeit, den Klimaschwindel zu durchschauen. Bleiben Sie bei Verstand,

Dr. H. Demanowski

Vom Wahlrecht Gebrauch machen!

Eigentlich wollte ich mich hier nicht mehr profilieren, aber es gibt Dinge, die müssen einfach ausgesprochen werden! Die meisten Beiträge im Leserforum treffen den Nagel auf den Kopf! Aber wäre es nicht an der Zeit, den Worten Taten folgen zu lassen (Demos?) Solange die Meinung vorherrscht: ich gehe nicht wählen, die machen ja doch, was sie wollen, wird diese Klientel ewig regieren und unübersehbaren Schaden anrichten! Ihr habt es in der Hand, Leute! Macht von eurem demokratischen Wahlrecht Gebrauch! Gebraucht euren Verstand und lasst nicht andere für euch denken! Noch ist denken nicht verboten (auch wenn man es gerne so hätte)!

Willi Kwiatkowski

34 Millionen Euro Beitragsrückstände

Wie aus einer Antwort des rbb-Rundfunkrates vom 29. Juni 2023 auf meine Anfrage hervorgeht, befanden sich in Brandenburg zum Stichtag 31.12. 2022 insgesamt 105.264 Rundfunkbeitragskonten in Mahnverfahren. Damit befanden sich Ende vergangenen Jahres 7,32 Prozent der Beitragskonten in einer sogenannten Mahnstufe. Nach Angaben des rbb-Rundfunkrates wurde Ende 2022 bei 39.557 Beitragskonten wegen Nichtzahlung des Rundfunkbeitrags eine Zwangsvollstreckung betrieben. Die Beitragsrückstände summieren sich zum 31.12. 2022 auf über 34 Millionen Euro.

„Es sind vor allem die Privathaushalte, die in Verzug geraten. Bei einem Zahlungsrückstand von über 34 Millionen Euro wird deutlich, dass viele Brandenburger auf Grund der schlechten wirtschaftlichen und sozialen Lage im Land nicht mehr zahlungsfähig sind oder nicht bereit sind, für diesen rbb Beiträge zu entrichten. Das System des Zwangsbeitrages ist offensichtlich weder gerecht noch sozial und gehört daher abgeschafft. Die AfD wird sich deshalb weiterhin für eine Freiwilligkeit der Zahlung und eine

drastische Verschlinkung des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks einsetzen. Nur wer das Programm konsumieren will, soll zahlen.

Dennis Hohloch, medienpolitischer Sprecher der AfD-Fraktion im Landtag Brandenburg

Der 17. Juni 1953 – Die AfD heute!

Es war kein Volksaufstand in der DDR, die Lage in Berlin und Umland war eine völlig andere. Es gab Menschen, die mit der Politik der Regierung nicht einverstanden waren. Wer wollte und konnte, ging in den Westen Deutschlands. In dieser Zeit hatten viele Bürger noch gar kein funktionierendes Radio. So wurden in vielen Orten Flugblätter abgeworfen, da sie den RIAS nicht empfangen konnten, und Leute kamen in die Ostzone, die dann z.B. in Großbetrieben und auf Großbaustellen die Arbeitenden zu Aktionen am 17. Juni gegen den Staat aufriefen. Eine „Massenerhebung gegen die Diktatur“ hat es so nicht gegeben. Tatsache war und ist, den Menschen im Westen Deutschlands ging es besser. Sie wurden z.B. ständig von den Amerikanern unterstützt, siehe CARE-Pakete.

Viele Lebensmittel waren im Osten knapp, trotz hoher Preise waren die Regale schnell leer, die Löhne niedrig. Ich habe damals mit 14 Jahren im Baubetrieb 3 Jahre angefangen zu lernen; Arbeitszeit Montag ab 6.30 Uhr bis Sonnabend 13.00 Uhr. Die beschäftigten Arbeiter waren hauptsächlich im Wohnungsbau tätig, Neubauten und Wiederaufbau der zerschossenen und ausgebrannten Wohnhäuser.

Die eingeführten Arbeitsnormen wurden begrüßt. Wer gut arbeitete, bekam nun mehr in seine Lohntüte, konnte sich daher mehr leisten. Allmählich verbesserte sich die Lebenssituation im Osten, die Leute erreichten trotz aller Widrigkeiten einen gewissen Wohlstand. Und das, obwohl der Staat mit seinen Menschen die Reparationszahlungen an die Sowjetunion allein tragen musste. (Aussage Fr. J. Strauß) Westdeutschland zahlte keine Mark dazu!

1989 mit der Wende, den neuen Freiheiten, der neuen Demokratie, erhoffte ein Teil der DDR-Bürger den Neuanfang in ein besseres Leben. Die Tatsachen aber sind, was die gewählten Politiker heute verlauten lassen. Man hätte es damals nicht für möglich gehalten.

Kanzler Scholz und Frau Baerbock sind eifrig Befürworter der amerikanischen Einmischungspolitik. Als Staatsbürger hat man den Eindruck, es geht um irgendwelche Ritterspiele und nicht um Leben und Tod von Millionen Menschen in Europa.

Ein Interesse an wirklichen Friedensverhandlungen (siehe Minsk und Stoltenberg) gibt es schon lange nicht mehr, dafür beständig neue Sanktionen. Unsere Politiker sollten „dem Volk mal aufs Maul schauen“. Die deutsche Bevölkerung lehnt diese Politik ab und wehrt sich dagegen – indem sie die AfD wählt. Da unsere Politiker offensichtlich blind und taub waren, ist das die einzige Möglichkeit. Das Kreuz ist bei der Wahl schnell gemacht und man entgeht der bei den Demos herrschenden Gewalt auf der Straße. Auch heute gibt es große Unzufriedenheit im ganzen Land, die sich durch ständige Hiobsbotschaften noch verstärkt. Wenn die

Politik sich nicht ändert, werden diese weiter zunehmen.

So gesehen haben wir eine gewisse Parallellität zu 1953!

Frieden kann man nur erhalten und schaffen, indem man Konflikte ohne Waffen friedlich löst (Alt-Kanzler Helmut Schmidt).

Die früher vorhandenen kleinen Flüchtlingsströme wurden durch die jetzige Politik erst richtig in Gang gesetzt, z.B. aus der Ukraine. Das hat unser Leben hier im Osten stark beeinflusst.

Wir Kriegskinder haben die Schrecken des Krieges noch vor Augen, die zerstörten Wohngebiete, die Kriegsversehrten auf den Straßen. Auch in der Schule – ein Lehrer hatte ein Holzbein, ein anderer nur einen Arm, anderen fehlte eine Hand.

Unsere Politiker scheinen keine Ahnung vom wirklichen Krieg zu haben. Unsere tüchtigen Politiker geben ständig Milliarden für Waffen u.ä. ins Ausland. Für die dringend zu lösenden Probleme im eigenen Land ist kein Geld vorhanden. Frau Baerbock lädt dafür im Ausland Flüchtlinge ein, nach Deutschland zu kommen, wobei es schon lange Probleme gibt, die schon anwesenden entsprechend unterzubringen. So haben sich im letzten Jahr schon einige beschwert; sie haben andere Aufnahmebedingungen hier erwartet.

Mit diesem Tun wird die Position der AfD weiter gestärkt.

Der erträumte Neuanfang 1989 im vereinten Deutschland blieb also für viele Bürger aus.

Wir Kriegskinder haben den erreichten Wohlstand in Deutschland mit aufgebaut. Dank der Politik der letzten Jahre ist davon nicht mehr viel zu merken, was ist besser geworden? Die Menschen müssen wieder zur Ruhe kommen, ihren Seelenfrieden wieder finden. Es gibt nur eins, die Waffenlieferungen aller Länder, die die gefährliche Kriegssituation noch anheizen, sofort stoppen und Friedensverhandlungen aufnehmen.

PS: Welche Sanktionen gab es bisher gegen die USA, die ständig irgendwo Krieg anzettelten, z.B. damals für den Einsatz der Entlaubungsmittel im Vietnam-Krieg? Oder gegen die israelische Regierung und den Siedlungsbau im Palästinensergebiet oder gegen die Kriegshandlungen der Türkei?

Renate Fricke, Zeitzeuge

Ein Vogel hat gezwitschert...

Aber nicht irgendein Vogel, nein, der grüne Umweltminister von Brandenburg, Axel Vogel.

Er hat verkündet, dass die Brandenburger zu viel Wasser verbrauchen; der Wasserverbrauch sei gestiegen von 97 auf 120 Liter pro Kopf täglich! Und er fordert die Versorger auf, den Verbrauch von Wasser zu drosseln... Preisstufen seinen eine mögliche Option...

Wie wäre es von einem Grünen Minister auch anders zu erwarten: wieder eine tolle Idee, Geld abzugreifen; die „schon länger hier Lebenden“ nennen so etwas auch „Abzocke“. Hat der grüne Umweltminister auch an den Wasserverbrauch gedacht, als er – stillschweigend – dem Bau der TESLA-Gigafabrik (ohne Genehmigung), also einem Wasser-Großverbraucher, in einem (normalerweise) geschützten Wasser-Einzugsgebiet zugestimmt hat?

Und ganz sicher hatte er auch keine Einwände, als festgelegt wurde, dass TESLA die Wasserentnahme eigenständig managen kann...

Ich denke aber, dass Herr Vogel in Bezugnahme auf sein gegenwärtiges Vorhaben schon Kontakt mit Herrn Musk, dem Besitzer von TESLA, aufgenommen hat, um ihn aufzuklären über die künftigen Wasserkosten... und der hat sich ganz sicher kaputtgelacht, hat noch immer Bauchschmerzen...

Aber: wie sich die Zeiten doch ändern! In einem Artikel des „Hamburger Abendblattes“ vom 14.09.2010 mit der Überschrift „Niedriger Wasserverbrauch führt zur Verkeimung“ mahnt die Deutsche Vereinigung für Wasserwirtschaft, Abwasser und Abfall (DWA) vor Problemen, da der Wasserverbrauch im (damals) vergangenen Jahr um 1,5 Prozent zurückgegangen wäre; in den davorliegenden 10 Jahren sogar ein Minus von ca. 10 Prozent zu verzeichnen wäre: „Die Deutschen verbrauchen zu wenig Wasser. 2009 sank die genutzte Menge auf nur noch 127 Liter pro Person und Tag“.

Hört, hört: 127 Liter sind zu wenig! „Durch den deutlich geringeren Durchfluss steht das Wasser länger in den Leitungen. Beim Trinkwasser drohen dadurch Verunreinigungen mit Keimen und Bakterien, beim Abwasser besteht die Gefahr einer Korrosion der Kanäle“ – sagt die DWA.

Unter Beachtung des Verbrauchsrückganges der davorliegenden Jahre muss davon ausgegangen werden, dass die DWA einen Verbrauch pro Kopf von mehr als 140 Litern bevorzugen würde – in den westdeutschen Bundesländern, versteht sich!

Da kann man mal sehen, wie sparsam eigentlich die Osis sind. Sagt das doch mal dem Herrn Vogel!

Und: Hat Herr Vogel mal durchgerechnet, wieviel Wasser eigentlich unsere Neubürger/unsere Migranten verbrauchen? Ich weiß, darüber spricht man nicht; das ist rassistisch, Nazi oder so. Pro 100.000 Migranten sind das schlapp 10.000.000 Liter! Und wieviel zugewiesene Neubürger/Migranten sind in Brandenburg in den letzten Jahren angekommen?

Die duschen schließlich auch liebend gerne und viel...

In Berlin besteht in einigen Stadtteilen seit Jahren das Problem, dass wegen steigenden Grundwassers die Keller der Wohnhäuser absaufen. Grund: die zuständigen Grünen im Parlament lehnen es ab, die Pumpen zur Absenkung des Grundwassers weiter zu betreiben.

In den vergangenen Jahrzehnten wurde überschüssiges Grundwasser in die Kanäle gepumpt.

Berlin liegt mitten in Brandenburg. Herr Vogel könnte doch mal mit seinen grünen Freunden in Berlin reden, Die geben sicher gerne Wasser ab. Oder reden die nicht miteinander?

Und richtig, da gibt es ja noch das gewichtige Argument der Poolnutzung... Soweit mir bekannt ist, wird in jedem Jahr ein Pool, der aus statischen Gründen im Winter zur Hälfte gefüllt sein muss, im März/April aufgefüllt – und im Herbst wird die Wassermenge zur Absenkung auf die erforderliche Hälfte im Umfeld des Pools (Wiese, Sträucher o.ä.) versickert. Wo ist da das Problem? Aber auch dazu werden Herrn Vogel, dem grünen Umweltminister, noch ein paar „erschlagende Argumente“ einfallen! Na ja; Grüne halt. Wie gewählt – so bekommen!

Egon Ehrle

Deutschland ist für 0,06% des CO₂ verantwortlich

99,94% des Kohlendioxids können wir nicht beeinflussen



Von Michael Hauke

Mit Hilfe des Heizungsgesetzes will die Bundesregierung jährlich 5,1 Millionen Tonnen CO₂ einsparen (gerechnet ab 2020). Allein der Weiterbetrieb der drei letzten Kernkraftwerke hätte jährlich zwischen 13 und 15 Millionen Tonnen CO₂ eingespart. Dafür, dass Millionen Häuser in Deutschland zu Lasten von Mietern und Eigentümern für Abermilliarden Euro komplett saniert und umgebaut werden müssen, was wiederum Millionen Tonnen Kohlendioxid freisetzen wird, ist der Ertrag recht spärlich. Im Vergleich zum Weiterbetrieb der Atomkraft sogar sehr, sehr spärlich.

Kann es der Bundesregierung also tatsächlich um die Einsparung von CO₂ gehen? Denn dieser krasse Gegensatz ist nicht die einzige Widersprüchlichkeit der deutschen Energiepolitik. Solar- und Windenergie, Elektroautos und LNG, überall dasselbe: sie sind, gelinde gesagt, umweltpolitisch höchst bedenklich. Und am Ende steht die Frage: Bringt der ganze CO₂-Wahn irgendwas fürs Klima? Dazu ein paar Fakten:

- Der Anteil von Kohlendioxid (CO₂) in der Atmosphäre liegt bei 0,04%. Der Anteil ist seit Jahrhunderten relativ konstant und liegt erdgeschichtlich am unteren Ende der Skala.

- Rund 97% des Kohlendioxid-Anteils wird von der Natur selbst produziert, 3% sind menschlichen Ursprungs. Um diese 3% von 0,04% geht es also. Das sind 0,001% der Luft.

- Deutschlands Anteil am menschengemachten Kohlendioxid beläuft sich auf rund 2%. Wir können also maximal 0,06% des in der Atmosphäre befindlichen CO₂ beeinflussen. Im Umkehrschluss bedeutet das, dass 99,94% des Kohlendioxids außerhalb des deutschen Einflussbereiches liegen. Wir reden von 0,00002% der Luft. Hätte ich auf dieses Blatt 10 Millionen Punkte für die Luft aufgemalt, wären zwei (!) davon das von Deutschland produzierte CO₂.

Rund 60% des vom Menschen verursachten CO₂ wird von der Natur wieder absorbiert. Ich erspare Ihnen jetzt, auszurechnen, was dann noch übrig bleibt. Für diese verschwindend geringen Werte werden Heizungen, Autos und ganze Wohnblöcke verboten (vgl. „2030 werden Millionen Häuser für unbewohnbar erklärt“ Ausgabe 12/23 vom 07.06.2023). Die Natur hierzu-lande wird für den Bau von Wind- und Solarparks zerstört. Mit der Klimaretterung rechtfertigte man im Übrigen auch den Bau der Tesla-Gigafactory

mitten im Wald von Grünheide. Dass die größte Autofabrik Europas direkt ins Wasserschutzgebiet gesetzt wurde? Geschenkt! Schließlich retten wir mit E-Autos das Klima.

Können wir in Deutschland das Weltklima wirklich beeinflussen, vielleicht sogar retten? Klingt unmöglich. Und es ist unmöglich! Am Ende steht nicht die Rettung des Weltklimas, sondern die Zerstörung unseres Landes und die entschädigungslose Enteignung von Millionen Menschen, die sich den klimaneutralen Um- bzw. Neubau ihrer Häuser nicht leisten können.

Sollte es wirklich das CO₂ sein, das das Klima verändert, haben wir sowieso schlechte Karten, denn der weltweite Trend geht zum Ausstoß von immer mehr CO₂. Die Absurdität wird

klar, wenn man weiß, dass China für 31% der CO₂-Emissionen verantwortlich ist und seinen Ausstoß in den letzten zehn

Jahren mehr als verdoppelt hat. Selbst wenn Deutschland von heute auf morgen gar kein Kohlendioxid mehr emittierte, würde sich der weltweite Kohlendioxid-Ausstoß nicht verringern; er würde weiter steigen. Unser Anteil von 0,06% spielt praktisch keine Rolle.

Aber ist es wirklich das CO₂, das das Klima verändert? Folgt das Klima dem CO₂ oder folgt das CO₂ dem Klima? Diese Fragen darf man aufwerfen, wenn man sieht, wie sich das Klima und der CO₂-Anteil in der Atmosphäre über die gesamte Erdgeschichte hinweg verändert hat. Es wurde wärmer, und es wurde kälter; der CO₂-Anteil stieg, und er fiel wieder. Er lag schon 10- bis 15mal höher; zur Zeit der Dinosaurier knapp dreimal so hoch wie heute, und es war rund 10° Celsius wärmer. Heute sind 1,5 Grad der Kippunkt...

Klima ändert sich, seitdem es die Erde gibt – auch bevor es den Menschen gab und erst recht vor dem kurzen Zeitraum der Industrialisierung. Zurzeit leben wir erdhistorisch gesehen in einer Kalt- und nicht in einer Warmzeit.

Und trotzdem gibt es in Politik und Medien nur noch Hitze, Hitzetote, Klimawandel und immer wieder CO₂! Natürlich spielen Treibhausgase eine Rolle, aber Hauptfaktor des Klimas auf unserer Erde war – schon immer – die Aktivität der Sonne. Auf Mars und Mond ist es ebenfalls wärmer geworden, sogar der Pluto hat sich um zwei Grad „erhitzt“. Ist es also eine globale oder eine kosmische Erwärmung? Hat der Mensch mehr Macht als die Sonne? Die Erwärmung auf anderen Himmelskörpern kann selbst der tapferste Klimakleber nicht mehr mit den Autos der Erdlinge begründen. Übrigens beträgt der CO₂-Anteil in der dünnen Atmosphäre des sehr viel kälteren Mars' 95%.

Zurück zur Erde (0,04%), zurück nach Deutschland, wo 0,06% des CO₂ herkommen, von dem wiederum 60% von der Natur aufgenommen werden. Alle

Anstrengung, ja die gesamte Hysterie, gilt der Kohlendioxid-Einsparung. Für jede einzelne Aktivität wird genau ausgerechnet, wie viel CO₂ dadurch produziert wird. Außer für Sachverhalte, die nicht ins Narrativ passen. So habe ich das Bundesklimaministerium gefragt, wie viel CO₂ durch den Einsatz deutscher Waffen und Munition im Ukraine-Krieg produziert wird. Habecks Pressesprecher Stephan Gabriel Haufe antwortete mir am 12.07.2023 folgendes: „Zu den

Umwelt- und Klimafolgen des Ukrainekrieges haben wir keine eigenen Erkenntnisse. Für eine genauere Analyse sind detaillierte Kenntnisse über den dortigen Kriegsverlauf nötig, die höchstens die beteiligten Kriegsparteien besitzen. Es ist nicht auszuschließen, dass gerade internationale Organisationen zu einem späteren Zeitpunkt eine solche Analyse, wie Sie sie ansprechen, erstellen werden.“ Soweit die Unkenntnis des Habeck-Ministeriums. Ich kann ja schon froh sein, dass mir die schweren Waffen nicht kurzerhand für klimaneutral erklärt wurden, nachdem es ja schon wörtlich hieß, dass unsere

**Wir leben in einer Kaltzeit:
Zur Zeit der Dinosaurier war
es 10 Grad wärmer**

Kriegswaffen in der Ukraine Leben retten.

Für alles andere liegen natürlich Daten vor. Der Pressesprecher

schreibt: „Zu den aktuellen Emissionsquellen für Treibhausgase in Deutschland verweise ich an das Umweltbun-

desamt, bei dem alle dafür notwendigen Daten nach dem vorgeschriebenen UN-Standard erfasst und nach ihrer Herkunft aufgeschlüsselt werden.“

Es gibt also CO₂-Quellen, bei denen lieber keine Werte ermittelt werden. Das betrifft nicht nur die deutschen „Waffen und Rüstungsgüter“, die nicht „in Kriegsgebiete“ geliefert werden dürfen (Grüner Wahlkampflogan zur vergangenen Bundestagswahl). Auch bei den „Erneuerbaren Energien“ guckt man

lieber nicht so genau hin. Die deutschen Windräder emittieren mehr Treibhausgase als der gesamte innerdeutsche Flug-

verkehr zusammen (vgl. „Klimakiller SF6 und Neodym stecken in jeder Anlage – Die Lüge von den klimafreundlichen Windrädern“, Ausgabe 13/23 vom 21.06.2023). Für die Rohstoffe, die für unsere Energiewende benötigt werden, werden weltweit riesige Landschaften zerstört, teilweise sogar radioaktiv verwüestet. Der Abbau von Neodym, Lithium oder Kobalt verursacht Umweltkatastrophen ohnegleichen. Das nehmen wir gern in Kauf. Wir retten schließlich das Weltklima.

Es darf auch keine Rolle spielen, dass Menschen, insbesondere viele Kinder, für unsere Energiewende elendig krepieren. Wir sehen es ja nicht, und wir sollen es auch gar nicht zu sehen bekommen. Bloß keine Fragen stellen! Wie sagte der damalige Innenminister Thomas de Mazière im Jahre 2015: „Ein Teil dieser Antworten würde die Bevölkerung verunsichern.“

**Am Ende steht die
Enteignung von Millionen
von Menschen**

Michael Hauke auf der Parkbühne

„Corona war
erst der Anfang!“

*Kommen Sie zu einem spannenden
und mitreißenden Vortrag.*

Ort: Parkbühne Fürstenwalde,
Dr.-Wilhelm-Külz-Straße 10

Wann: Sonntag, 10.09.2023, 15:00 Uhr (Einlass: 14:00 Uhr)

**Achtung Gruppenrabatt!
10 Karten kaufen – die elfte gratis!**

Bereits mehr als 100 Karten verkauft!

Kartenvorverkauf (10 €):

Fürstenwalde: Musik & Buch Wolff, Eisenbahnstraße 134
Michael Hauke Verlag, Alte Langewahler Chaussee 44

Erkner: Buchhandlung Wolff, Friedrichstraße 56

Woltersdorf: Blumen-Anders, August-Bebel-Straße 28
Papier-Rasch, Köpenicker Straße 74

Online (12 €):

www.die-parkbuehne.de --- www.reservix.de



EP: Electro Christoph

Electronic Partner

Hausgerätekundendienst - Meisterbetrieb -

EP: Electro Christoph - Ihr Händler und Fachwerkstatt in Fürstenwalde

Elektrische Hausgeräte kauft man beim Fachmann!

Unser ständig geschultes Personal betreut Sie vom Kauf bis zur Installation bzw. Einbau. Wir sind Fachhändler der Marken:

LIEBHERR AEG Constructa BOSCH

SIEMENS Miele smeg

Keine Reparaturkosten durch

➔ **WERTGARANTIE®**

Unsere Verkäufer und Techniker beraten Sie gern.

Service: (03361) 6 92 25

Handy: 0171 - 7 27 37 47

Fürstenwalde, Einkaufszentrum Süd: Bahnhofstr. 22 A, Tel. 03361/5 71 02 - Werkstatt: Langewahl, Am Luch 1-4

ständig
0%
Finanzierung
(über 10 Monate)
Auf alle Haushaltsgröße!räte!

Unser
Service
macht den
Unterschied

24 Stunden shoppen unter: www.ep-electro-christoph.de

SICHERN SIE SICH JEDE AUSGABE!

Das Abo zum Selbstkostenpreis – jetzt bestellen!

- Ihre Vorteile:
- pünktliche Zustellung der druckfrischen Ausgabe
 - Sie müssen sich die Zeitung nicht selbst holen

So geht's: Pro Zeitung berechnen wir 2,- € Selbstkostenpreis. Das Abo gilt zunächst für 12 Monate, in denen wir Ihnen 26 Ausgaben der gewünschten Zeitung bequem nach Hause schicken. Innerhalb der 12 Monate ist das Abo ohne Einhaltung einer Frist kündbar oder läuft unverändert weiter.

Ja, ich möchte 26 Ausgaben im Jahres-Abo für einmalig 52,00 € zum nächstmöglichen Zeitpunkt bestellen.

Bitte liefern Sie meine Zeitung an folgende Adresse:

Name, Vorname: _____ Tel.: _____

Straße: _____ PLZ/Ort: _____

E-Mail: _____

Ich bin damit einverstanden, dass der Michael Hauke Verlag e.K. die fälligen Abokosten in Höhe von 52,- Euro von meinem Konto einzieht:

Kontoinhaber: _____ Unterschrift: _____

IBAN: DE

Per Post an: Michael Hauke Verlag, Alte Langewahler Chaussee 44, 15517 Fürstenwalde
oder eingescannt per Mail an: info@hauke-verlag.de, Betreff: Zeitungsabo

Anzeigenblätter in Brandenburg seit 1990

HAUKE
VERLAG

Bitte gewünschte Ausgabe ankreuzen!

